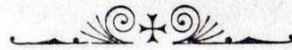


March 1, 1886.

No. 3.

Price, 5 Cts.

SOCIALISTIC LIBRARY.



Published Monthly.

Per Year, \$1.00.

Offizielles Protokoll

— der —

5. National-Konvention

— der —

Sozial. Arbeiter-Partei von Nord-Amerika,

abgehalten am 5., 6., 7. und 8. Oktober 1885 in Cincinnati, O.



Entered at the Post Office, New York City, as Second Class Mail Matter.



NEW YORK.

**National Executive Committee of the Socialistic Labor Party,
56 East Fourth Street.**

1886.

Offizielles Protokoll

der

5. National-Konvention der Soz. Arbeiter-Partei

von Nord-Amerika,

abgehalten am 5., 6., 7. und 8. Oktober 1885 in Cincinnati, Ohio.

1. Sitzungstag.

Montag, den 5. Oktober 1885.

Der Kongreß wurde um 9 Uhr heute früh in Schapperle's Halle durch B. L. Rosenberg, den Sekretär des National-Exekutiv-Komitees, im Namen des letzteren bewillkommen und eröffnet. Zum Alterspräsidenten wurde Chas. Becker von Springfield (Ohio) vorgeschlagen, derselbe lehnt aber ab und wird Franz Seubert (Brooklyn) zum Vorsitzenden nominirt und erwählt, während die Wahl des zweiten Vorsitzenden auf J. Freuniger (Cincinnati) fällt. Die Erwählten nehmen ihre Sitze ein und schreibt man zur Wahl der Sekretäre, zu welchen die Genossen J. Bordollo (New York) und Otto Haeje (St. Paul) bestimmt werden. Bezüglich der Mandatsprüfungs-Kommission fällt die Wahl auf die Genossen Cronaue, Koller und Benzinger. Die anwesenden Delegaten reichen der Kommission ihre Mandate ein und zieht sich dieselbe zur Prüfung der ausgelieferten Schriftstücke zurück.

Auf Antrag wird beschlossen, mit den allgemeinen Geschäften fortzufahren bis die Mandatsprüfung erledigt sei. Beschlossen wird, daß der Vorabend jeden Tag neu, die Sekretäre aber für die Dauer des Kongresses gewählt werden sollen.

Bezüglich des Untersuchungs-Komitees wird beantragt, dasselbe aus drei, sp. fünf Mitgliedern zusammenzusetzen. Die letztere Zahl wird angenommen und werden E. Arnold, Ch. Erb, A. Jonas, P. Knickm und W. Ufert erwählt.

Als Revisions-Komitee werden A. Reitel, P. Zimmermann und J. Haupt bestimmt.

Ein Komite, mit der Aufgabe betraut, die englische und deutsche Presse des Landes mit wahrheitsgetreuen Berichten zu versehen, war am Sonntag, den 4. Oktober, Morgens, in einer Vorversammlung bereits provisorisch eingesetzt worden. Dasselbe, aus Bordollo, Haeje und Jonas bestehend, wird bestätigt.

Von Reitel wird beantragt und angenommen, die Tagesordnung vom National-Exekutiv-Komite vorge schlagen und im "Sozialist" veröffentlicht, anzunehmen.

Hinsichtlich der Rededauer beantragt C. Holzhauser, daß bei General-Debatten den Rednern 10 Minuten, bei Spezial-Debatten 5 Minuten Zeit und zu einem und demselben Verathungs-Gegenstande nur zweimal das Wort zu ergreifen erlaubt werden solle. Angenommen.

Von Zimmermann wird der Antrag eingereicht und unterstützt, die Arbeitszeit des Kongresses zu normiren auf die Zeit von 8 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 7 Uhr Nachmittags, damit den resp. Komitees Zeit zum Arbeiten bleibe. Nach kurzer aber lebhafter Debatte abgelehnt.

Ein Antrag Knirehm's, die Sekretäre zu besolden, kommt auf Vorschlag Haese's nicht zur Abstimmung, da die Sekretäre auf besondere Bezahlung Verzicht zu leisten erklären.

Der Vertreter der Parteileitung, W. L. Rosenberg, erhält hierauf das Wort und verliest unter großem Beifall den Bericht über die Gesamthätigkeit des National-Exekutiv-Komitees und den Fortschritt des Sozialismus im In- und Auslande. Derselbe wurde nach einer kleinen redaktionellen Aenderung, um Mißverständnissen vorzubeugen, entgegen- und angenommen.

Duass beantragt und der Kongreß beschließt einstimmig, den Bericht der Partei-Behörde dem Protokoll, der Reihenfolge der Verhandlung gemäß, einzufügen. Derselbe lautet wie folgt:

Gesamt-Thätigkeitsbericht

— des —

National-Exekutiv-Komitees der Sozialistischen Arbeiter-Partei,

vom 1. Januar 1884 bis 1. Oktober 1885.

Einleitung.

Der Fortschritt des Sozialismus.

Während der letzten 2 Jahre hat der Sozialismus in der ganzen zivilisirten Welt einen außerordentlichen Aufschwung genommen. In Staaten, die gegen das Eindringen revolutionärer Ideen gefeit zu sein wähnten, in dieser kurzen Zeit der Sozialismus eine Macht geworden, mit der Parteien und Parteien zu rechnen sich genöthigt sehen. In Ländern, man die gefürchtete Bewegung im Blute ihrer Vorkämpfer erstickt oder durch despotische Unterdrückung für immer gelähmt zu haben glaubte, erhob mit erneuter Energie ihr Haupt und feierte überraschende Triumphe. Und wie neue Völker unserer Sache gewonnen wurden und allenthalben unermüdet ansetzten, umschlang eine immer thatkräftigere Solidarität sozialistischen Arbeiter der verschiedenen Nationen, die Kraft der Bewegung in jedem einzelnen Lande durch die Unterstützung der übrigen vervielfältigt. Es waren nicht die deutschen Sozialdemokraten allein, die sich

der Reichstagswahl von 1884 der deutschen Bourgeoisie entgegenwarfen; hinter ihnen standen ihre Brüder aus fremden Ländern, mit ihren Zuschüssen die Kriegsstärke und mit ihren öffentlichen Sympathien den Muth der Kämpfenden stärfend. Die diesjährige Wahlkampagne in Frankreich ist bemerkenswerth durch die namhafte Unterstützung, die den französischen Sozialisten von ihren ausländischen Genossen, besonders aus Deutschland und Amerika, zufließt. Die ökonomischen Kämpfe der Arbeiter während der letzten Jahre liefern nicht minder bedeutsame Belege einer wachsenden Solidarität; daß sie mehr ist, als eine wohlklingende Phrase, erfahren in diesem Augenblick die streifenden Metallarbeiter Kopenhagens in der von allen Seiten bereitwillig gewährten Hülfe.

Die Vorhut in der sozialistischen Bewegung behauptet die deutsche Sozial-Demokratie. Sie hat in den letzten beiden Jahren trotz der fortwährenden Verfolgung und Entrechtung ihrer Mitglieder nicht nur ihren Stand behauptet, sondern ihre Anhängerzahl um Hunderttausende vermehrt. Der erstaunliche Stimmenzuwachs, den die deutschen Sozialisten bei der vorjährigen Reichstagswahl erzielten — ein Zuwachs von 200,000 Stimmen — war in der That das bedeutendste Ereigniß in der Arbeiterbewegung, ja in der gesamten politischen Geschichte dieser letzten Jahre. Das Verdikt, das damals 600,000 deutsche Bürger für den vielverschrieenen Sozialismus abgaben, hat diesem nicht nur eine Vertretung im deutschen Reichstage gesichert, deren Stimme bis in die fernsten Winkel der zeitungslisenden Welt gehört wird; es hat mit seinem vieltausendfachen Echo den Sozialismus bei den Denkenden aller Nationen zur Diskussion gebracht, ihm unzählige Proletarier-Köpfe geöffnet und seine Vorkämpfer allenthalben mit neuer Siegeszuversicht befeuert. Diesem Wahlsiege haben sich seither neue Erfolge bei Landwahlen, Stadtraths- und Landtagswahlen angeereiht, als jüngste die vor wenigen Tagen stattgehabten Wahlen zum sächsischen und weimariischen Landtag, die einen weiteren rapiden Fortschritt der deutschen Bewegung dokumentiren.

In Frankreich hat der Sozialismus seit der Niederlage der Kommune und der darauf folgenden Massen-Abhchlachtung der Pariser Arbeiter zum ersten Male bei den Gemeinderathswahlen vom Mai 1884 im öffentlichen Leben sich in nennenswerther Weise bemerkbar gemacht. Unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen geschwächt durch einen noch frischen Parteizwist, gingen die Sozialisten in die Wahl. Sie erhielten in Paris 39,000 Stimmen, ein unter solchen Umständen glänzendes Resultat. Seitdem zeigt die französische Bewegung einen merklichen Fortschritt. Die Anarchisten, diese allbekannten Verderber der Arbeiterbewegung, wurden durch die Thatsache, daß sich in ihre Reihen eine Anzahl Polizeispione eingedrängt, abgelenkt, die Streitigkeiten ließen an Heftigkeit bedeutend nach, und die sozialistische Presse wurde durch drei neue Organe (Revue Socialiste, Question Sociale und Le Socialiste) verstärkt. Gegenwärtig bereiten sich die französischen Sozialisten auf die am 4. Oktober stattfindende Parlamentswahl vor, in die sie mit größerer Einigkeit und besserer Organisation treten.

Von der größten Bedeutung für Amerika ist das Ausblühen des Sozialismus in England, diesem Bollwerk der kapitalistischen Weltmacht. Noch vor wenigen Jahren war die angebliche Unzugänglichkeit der praktischen Engländer für den Sozialismus das beliebteste Argument unserer Gegner; heute hat die Bewegung in England so großen Anhang gewonnen, daß der Minister-Aspirant Chamberlain ihre Konzessionen machen und der regierende Minister Groß die Polizeimacht gegen sie aufbieten zu müssen

glaubt. Seit zwei Jahren hat sie mehrere Zeitungen in's Leben gerufen, hat eine Parteipublizistik überdauert und wächst von Tag zu Tag, wie jede öffentliche Versammlung und jede Demonstration, die von ihr ausgeht.

Von den übrigen Ländern ist der großartigste Aufschwung des Sozialismus aus Dänemark zu berichten. Seit dem Anstoß, den die dänische Bewegung durch den Kopenhagener Kongreß der deutschen Sozialdemokraten im Jahre 1883 erhielt, hat sie sich wie im Fluge über den größten Theil Dänemarks ausgebreitet, hat bedeutende Wahlerfolge aufzuweisen, besitzt mehrere Press-Organen, von denen „Der Sozialdemokrat“ allein über 20,000 tägliche Abonnenten hat, und konnte bei einer im April dieses Jahres arrangirten Demonstration in Kopenhagen über 60,000 Mann Rundschau halten.

In Belgien hat die sozialistische Bewegung die Periode der Zersplitterung glücklich überwunden und verfügt seit dem vor einigen Wochen in Antwerpen abgehaltenen Vereinigungs-Kongreß, auf dem 68 Lokal-Vertreter waren, über eine starke Organisation.

Selbst in Holland hat die unermüdliche Agitation der Sozialisten einen großen öffentlichen Erfolg aufzuweisen. Die Polizei, die an den verachteten Sozialisten ihre Brutalität ungestraft praktizieren zu können glaubte, fand die ganze Arbeitermasse von Amsterdam auf Seiten des Sozialismus. Das Partei-Organ „Recht voor Allen“, dessen Vertrieb die Polizei unterdrücken versuchte, wurde gerade damals in einer Auflage von 20,000 verkauft.

In Oesterreich ist der Anarchismus in den letzten zwei Jahren völlig zusammengebrochen, und wenn auch die sozialistische Bewegung den großen Rückschlag, den sie durch die nach innen desorganisirende und nach außen diskreditirende Thätigkeit der Anarchisten erlitt, nicht völlig überwunden hat, so verathen doch die öffentlichen Versammlungen und die wachsende Leserzahl ihrer Presse einen entschiedenen Aufschwung.

Wenn wir von unserer Rundschau über fremde Länder nach Amerika unseren Blick zurückwenden, so ist es hier nicht unsere Aufgabe, den Fortschritt der Sozialistischen Arbeiter-Partei von Nord-Amerika des Näheren zu berichten. Wie dieselbe seit 1½ Jahren sich an Zahl der Sektionen verdoppelt, an Zahl der Mitglieder verdreifacht hat, wie sie in dem kurzen Zeitraum von acht Monaten nicht nur für die Wahlkassen der deutschen Genossen Tausende von Dollars aufbrachte, sondern auch zugleich ein Zentral-Organ schuf, und ausreichend fundirte, wie sie nach innen sich fester konsolidirte und nach außen durch unzählige Flugblätter, durch Zeitungen und Agitationen-Versammlungen die Lehren des Sozialismus unter den Proletariats-Massen verbreitete: das Alles wird der nachfolgende geschäftliche Bericht Ihnen zahlenmäßig vor Augen führen. Aber der Fortschritt des Sozialismus in den Ver. Staaten beschränkt sich nicht auf die direkten Erfolge der Sozialistischen Arbeiter-Partei. Wenn in Hunderten von Arbeitervereinen sozialistische Ideen sich einbürgern, wenn in 100 Arbeiterzeitungen sozialistische Forderungen verfolgt werden, wenn in Büchern und Redden der Sozialismus eifrig besprochen und vor die Öffentlichkeit gebracht wird, wenn ein allmählicher Umschwung der Volksmeinung zu Gunsten des Sozialismus unverkennbar ist: so ist das, abgesehen von der Logik der ökonomischen Entwicklung, ein Verdienst der hartnäckigen Agitation der Sozialistischen Arbeiter-Partei. Der Boden ist wohl vorbereitet für einen mächtigen Aufschwung der sozialistischen Bewegung, und derselbe wird um so sicherer

treten, als die ökonomischen Verhältnisse sich immer schneller in der von den Sozialisten längst nachgewiesenen Richtung der verschärften Klassengegensätze ausprägen.

Spezial-Bericht.

Das National-Exekutiv-Komitee, indem es im Speziellen über seine Thätigkeit Bericht erstattet, muß letzterem das Geständniß vorausschicken, daß es mit einiger Mühe die Forderungen in die Hände der Partei zurückzulegen vermag. Hat es diesem Willen nicht vollat genügen können, so hat es doch viele erfolgreiche Bemühungen selbst helfend zur Seite traten.

Das Partei-Organ. — Die deutschen Reichstagswahlen.

Dem National-Exekutiv-Komitee war vor Allem vom Kongreß zu Baltimore eine wichtige Aufgabe geworden: die Aufgabe, der Partei ein Partei-Organ zu schaffen, ohne die Parteikasse selbst bei der Gründung in Anspruch zu nehmen. Ohne Geld und den Schwarzgelehrten und Furchtsamen, welche ein Partei-Organ für unerschwinglich hielten und damit an dem Fortschritt selbst Zweifel hegten, Gehör zu erlangen, ging das National-Exekutiv-Komitee nach seiner Konstituierung sofort an's Werk, und indem es in Flugblättern, Ansprachen und sonstigen schriftlichen und mündlichen Aufforderungen das Interesse der Genossen für ihre Lebensaufgabe für die nöthige Einheitlichkeit der Partei stets wachzurufen suchte, gelang es ihm in der That, die erste Nr. des „Sozialist“ mit dem 1. Januar d. J. den Genossen vorzulegen.

Wenn man bedenkt, daß gerade zu der Zeit, wo die Sammellisten für das Partei-Organ in Zirkulation gesetzt waren, die deutschländische Partei-Leitung in einem heftigen Kampfe um unsere Unterstützung in ihrem Wahlkampfe erbat, und daß trotz dieses herber getheilten Interesses nach beiden Seiten hin überraschende Summen zusammen kamen — nämlich:

den Fond der deutschen Reichstagswahlen wurden gesammelt nahezu	\$4000
den Fond des Partei-Organes über.....	\$1600

darf man getrost sagen, daß der egoistische Geist, welcher hierzulande so sehr florirt, die den deutschen Genossen eigene Opferfreudigkeit nicht zum Mindesten affigirt hat, was bei dem notorisch schlechten Geschäftsgange des letzten Jahres nicht genug zur Werthschätzung unserer Parteigenossen angeschlagen werden kann. Was die Haltung des Partei-Organes anbelangt, so hatte das National-Exekutiv-Komitee durch Annahme eines allen Genossen mitgetheilten Programmes, abgedruckt in No. 1 des Organes, ihre Stellung zu dem politischen und ökonomischen Gange der Arbeiterbewegung zu präzisiren gesucht und Genosse Jos. Dietgen, welcher vorher nach hier übersiedelt war, als Chefredacteur auf dieses Programm verpflichtet.

Wir haben wohl nicht nöthig, über die Antheilnahme der hiesigen Genossen an den deutschen Reichstagswahlen und den Sammlungen für das Partei-Organ hier nochmals Worte zu machen, da wir uns darüber bereits in zwei offiziellen Publikationen geäußert; es genügt, zu konstatiren, daß wir in nicht geringem Maße solidarisch mit den deutschen Brüdern bewiesen haben und daß das Partei-Organ heute das dritte Quartal bereits hinter sich hat. Was sonst noch für die Kongreß-Delegaten bezüglich des Partei-Organes und seiner inneren Gestaltung und Verwaltung von Interesse ist, haben wir in einem

Spezialbericht niedergelegt und werden letzteren dem Kongresse zur Kenntniß unterbreiten.

So zufrieden man auch mit dem Abonnentenstand unter den gegenwärtigen Verhältnissen sein kann, wo Tausende von Arbeitern und viele unserer besten Kräfte ohne Beschäftigung resp. nur periodisch in Arbeit sind, bleibt den Genossen im Allgemeinen und der neuen Executive im Speziellen die Pflicht, in der Agitation für unser Partei-Organ nicht zu ermatten, damit es baldigst sowohl materiell auf seinen eigenen Füßen stehe, als auch seiner Aufgabe immer näher komme: Partei zu befähigen, durch Stärkung der Organisation und Disziplin der zu wartenden großen amerikanischen sozial-demokratischen Arbeiterbewegung größtmöglichen Vorschub zu leisten.

Ueber allen Aufgaben, die in Zukunft an die Partei und an uns herangetragen werden, steht daher die Aufgabe als die oberste: der Partei das Partei-Organ für die Dauer zu erhalten, da ohne diesen Kern und Mittelpunkt Ersprießliches für andere Aufgaben sicher nicht wird erzielt werden können.

Mündliche Agitation.

Das National-Exekutiv-Komite hat es sich während seiner Amtsdauer angelegen sein lassen, soweit die Mittel reichten, Agitationstouren von bewährten Genossen unternehmen zu lassen. Im April und Mai 1884 wurde Genosse A. Jonas durch den Westen, im Herbst desselben Jahres Gen. Franz Seubert durch die Neu-Englandstaaten und Gen. H. Walther zur selben Zeit ebenfalls in den Westen gesandt. Alle drei Reisen, welche mit nicht unbedeutenden Kosten verknüpft waren und an welchen die resp. Sektionen nach Kräften partizipierten, hatten vor Allem den Zweck, die arbeitende Klasse über unsere Ziele und Wagnisse aufzuklären. Daß die unternommenen Reisen, bei welchen gelegentlich auch Anarchisten und deren verworrenen Sozial-Auffassung heimgeleuchtet wurde, ohne Erfolg waren, braucht sicherlich nicht speziell dargethan zu werden.

Außer diesen Agitationstouren wurde im Spätsommer d. J. Gen. G. Reine durch den Westen gesandt, hauptsächlich zu dem Zweck, für das Partei-Organ thätig zu sein, das allseitige Interesse für dasselbe zu erwecken und die Genossen über die Organisationszwecke zu belehren. Doch wurden auch nach einzelnen Reden entfendet, theils um belehrende, theils um aufmunternde Reden bei geeigneten Gelegenheiten zu halten.

Sowohl Genosse Jonas, wie Gen. Seubert, Walther und Reimer erstatteten heimgekehrt, jedesmal der Executive sowohl, wie in öffentlichen Versammlungen Bericht über ihre gemachten Erfahrungen und ließen es nicht an Winken fehlen, welche der Agitation von Nutzen waren.

Gen. D. Reimer regte bei seiner Reise die Frage der Distrikts-Organisation an, indem er gewisse, nahe beieinander liegende Sektionen zu einem Verbande veranlaßte. Obwohl diese Verbandsfrage bis jetzt noch nicht ganz perfect geworden ist, doch zu hoffen, daß in Zukunft Schritte unternommen werden, welche die Distriktsorganisation zur Kräftigung der Agitation innerhalb der resp. Distrikte zu einem festen Bestande unserer Constitution macht.

Wenn wir endlich bei der Agitation durch das Land eines Nebelstandes Erwähnung thun, so ist es der, daß bei dem jetzigen Kassastand und dem bisherigen Mangel nur bereits bestehende Sektionen besucht werden können, während Orte, wo neue Elemente und ein Bedürfnis nach Organisation vorhanden, schwerlich besucht werden konnten. Der Kongreß sowohl wie das künftige National-Exekutiv-Komite werden hierin Abhilfe zu schaffen sich umsomehr genötigt sehen, da die Abhilfe dieses Mißstandes die befürwortete Distrikts-Organisation ohne praktische Folgen sein würde.

Die Agitation durch Broschüren.

Dem Broschüren-Vertrieb ist von uns eine besondere und stets wachsende Aufmerksamkeit geschenkt worden.

Auch hier setzen uns zwar die vorhandenen Mittel natürliche Schranken, doch haben wir im letzten Jahre besonders Sorge getragen, daß die Genossen keinen Mangel an neuer literarischer Nahrung litten.

Von „Down with the Socialists“ (10,000 Exemplare) und vom „Manifest des Ammer Kongreß“ (100,000 Exemplare) ist die ganze Auflage vergriffen, ebenso von „The Socialistic Tracts“, im Belaufe von 20,000 Exemplaren. Desgleichen die von uns herausgegebene Broschüre „Reporter und Sozialist“ (auch von A. Jonas, in 5000 Exemplaren aufgelegt, und die Flugschrift „Liegen und Spinnen“, 13,000 Exemplare, nahezu vergriffen.

Von Dr. Douai's „Better Times“, von welcher Broschüre wir eine zweite Auflage besorgten, wurde eine große Anzahl verkauft, ebenso von der englischen Ausgabe von „Reporter und Sozialist“, welche der Verfasser selbst besorgte, und in der bis jetzt über 5000 Exemplare abgesetzt sind.

Von der von uns herausgegebenen Dr. Gerault'schen Broschüre: „Was der Sozialismus will etc.“, ist der Verkauf noch im Gange, doch ist sicher zu erwarten, daß auch diese Auflage nicht auf Lager bleiben und dem National-Exekutiv-Komite Gelegenheit geben wird, ihr sehr bald eine Nachfolgerin zu senden.

Angelaufen wurden im Laufe der Zeit in größeren und kleineren Partien die drei Stiebeling'schen Broschüren „Leibniz für das Volk“, „People's Reader“, und „Darwinismus und Sozialismus“, ferner die von A. Sorge i. J. herausgegebene Broschüre „Extracts from K. Marx's Capital, Socialism and the Worker“, sowie von E. Langner in Evansville die von ihm verfaßte Broschüre „Streifzug etc.“ und ferner von E. Hoffmann in Cincinnati „Ein Beitrag zur Arbeiterfrage“, von welchen allen nicht eine große Anzahl Exemplare verkauft, sondern einige gänzlich vergriffen worden, so: „People's Reader“ und „Socialism and the Worker“.

Außer der Herausgabe resp. dem Vertrieb der genannten Broschüren haben wir unser Broschürenlager durch Ankauf der besten sozialpolitischen Schriften aus Zürich und London ansehnlich vermehrt, und steht zu hoffen, daß das nächste National-Exekutiv-Komite unseren Plan:

Den offiziellen Vertrieb der Partei-Druckschriften in die Hand der Parteileitung zu legen, das Broschürenlager also zu einer regulären Bücherei der sozialistischen und freigeistigen Literatur auszubauen und die sich daraus ergebenden Fonds zur Herausgabe neuer Schriften zu verwenden,

wirklichen werde.

Wenn wir die Zahl der seit dem Kongresse von uns vertriebenen Broschüren betrachten, so ist die Zahl von 160,000 mit den Büchern durchaus übereinstimmend, doch nicht erschöpfend, falls die Zahl der von uns herausgegebenen Flugblätter eingeschlossen werden soll. Zu letzteren veranlaßten uns diverse Ereignisse. Vor allem unsere Stellungnahme gegenüber den Anarchisten, welche verschiedene male anarchistische Thaten (Affaire Stellmacher und Londoner Explosionen) zu Glorifikationen der resp. Thäter auszuschreien suchten. Die Genossen haben die diesbezüglichen Anlässe und Facta sicherlich noch zu gut im Gedächtnisse, als daß es einer näheren Ausführung der Einzelheiten oder des Nachweises von der hohen Wirksamkeit dieser Flugblätter bedürfte. Das gelegentlich der Präsidenten-

wahl verfaßte Flugblatt: „Rein Kompromiß“, in englischer und deutscher Sprache, hatte den Erfolg, daß in unseren Reihen wenig oder gar keine Neigung zeigte, weder von den alten Parteikleppern, noch von den schönen Versprechungen der sogenannten Volkspartei, darunter Ben Butler als Paradiesgaul, sich festzu lassen.

Die Presse.

Die Arbeiterpresse des Landes hat in den beiden letzten Jahren verschiedene sowohl Abnahme wie Zunahme erfahren. Verloren hat sie das „Evening Telegram“ in New Haven, die „San Francisco Truth“ und die „Illinois Volkszeitung“. Letztere ging leider an den Wirren unter unseren Genossen in Chicago zu Grunde und weil sie als Wochenblatt die Bedürfnisse der wider die anarchistischen Arbeiterzeitung Chicago's kämpfenden Genossen nicht befriedigen konnte. Neu erschienen von direkt sozialistischen Zeitungen nur „Der Sozialist“, der, im Verein mit der „New Yorker Volkszeitung“ und dem „Philadelphia Tageblatt“ die Vertretung unseres Programmes in striktem Sinne unternommen hat und hoffentlich auf Dauer auch weiterführen wird.

Abgesehen von der streng sozialistischen deutschen Presse, haben die mehr der Gewerkschafts-Bewegung angehörigen Blätter der englischen Sprache eine erfreuliche Wendung in der politischen Auffassung angenommen. Nicht allein ist die Zahl der Arbeiterblätter — meist Wochenblätter — eine ganz bedeutende geworden — man zählt in den Ver. Staaten gegen 100 — sie neigen sich in der letzten Zeit auch mehr und mehr dem Radikalismus zu, der das Tischtuch zwischen Kapital und Arbeit zerschneidet und das Proletariat auf seine eigenen Füße stellt.

Diese Wendung zum Fortschritt ist auch offiziell von sozial-politischen Schriftstellern der herrschenden Klasse, vor Allem von Professor Ely von der „Hopkins Universität“, konstatiert worden, welcher in seiner Broschüre „Recent American Socialism“ die Bourgeoisie dieses Landes auf die Bedeutung unserer Bewegung verweist und sie sehr nachdrücklich zur Einker in sich selbst ermahnt. Sie ist aber ersichtlich, wenn man die Blätter selbst zur Hand nimmt. Wenn aus ihnen an eine peinliche Abneigung gegen den Gebrauch des Wortes „Sozialist“ selbst nicht heransleuchtet, so hat doch in denselben eine sozialistische Auffassung bereits überall Boden gefaßt.

Von diesen Gewerkschaftsblättern sind die in deutscher Sprache erscheinenden besonders „Der Hammer“, Organ der Metallarbeiter, „Progress“, Organ der Cigarren-Arbeiter, das „Möbel-Arbeiter-Journal“ und die „Bäcker-Zeitung“ in New York, zu nennen; dieselben sind durchaus sozialistisch, während der „Unionist“ in Cincinnati, der „Carpenter“ in Cleveland, der „Denver Labor Enquirer“ „John Swinton's Paper“ u. a. sich auf dem Wege zum Sozialismus befinden eine Thatsache, die uns Alle mit großen Hoffnungen für die Zukunft erfüllen muß.

In dieser Erwartung: die englisch-sprechenden Arbeiter der Ver. Staaten zum Sozialismus bekehrt zu sehen, werden wir auch durch die Fortschritte der englischen Sozialisten bestärkt, welche jetzt über zwei Zeitungen: „The Justice“ und „Commonweal“ und eine wissenschaftliche Monatschrift: „To-day“ verfügen; und ferner auch durch den großen und steigenden Umsatz des Buches unseres Genossen Lawrence Gronlund: „Co-operative Commonweal“, von dem auch des Henry George'schen Werkes „Progress and Poverty“ eine populäre Ausgabe veranstaltet werden mußte und welches eine mächtige Presse in die Unwissenheit der englisch-sprechenden Massen dieses Landes bezüglich der Auffassung des Sozialismus zu schießen bereits begonnen hat.

Von der anarchistischen Presse ist, abgesehen von dem Moskischen Lügenmoniten, zu konstatieren, daß die „Chicagoer Arbeiter-Zeitung“ nach der Verdrängung von Paul Grottkau aus der Redaktion des Blattes, fortgefahren hat, den Mantel des Anarchismus und Sozialismus abwechselnd auf beiden Schultern zu tragen, gleichem Arhem den Sozialismus betheuernd und die Sozialisten verfeuernd, et-

anarchistische Handlungsweise, welche auf die Dauer nur in der Beseitigung der Anarchisten selbst endigen muß, wenn sich die anarchistischen Wortführer erst unter die Haaren legen, worin denn auch in New York, Philadelphia und Chicago bereits ein omlüßer Anfang gemacht ist.

Unsere Verbindung mit dem Auslande

Wie in den beiden verfloffenen Jahren besonders fleißig mit Deutschland und Frankreich gepflegt. Correspondenzen wurden ausgewechselt und die Solidaritätsbewegung wirksam geschürt. In Bezug auf die Bethätigung der letzteren haben wir für Deutschland bereits oben gelegentlich der Reichstags-Wahlkämpfe gesprochen; in Frankreich anbelangt, so haben wir in den letzten Monaten das zwischen den beiden Amerika's und denjenigen der französischen Republik bestehende Solidaritätsgefühl dadurch bewiesen, daß wir eine recht erkleckliche Summe — bis heute 1700 Francs — zur Unterstützung des Wahlkampfes unserer französischen Genossen geschickt haben, eine Unterstützung, die bereits berechtigtes Aufsehen sowohl unter den französischen als auch deutschen Chauvinisten gemacht hat und sicherlich besten, bis heut noch unberechenbaren Folgen haben wird.

Auch mit England und mit Dänemark haben wir Anknüpfungen gemacht und zu erwarten, daß diese planmäßigen, regelmäßigen Verbindungen sich für die Sache des Sozialismus fruchtbar gestalten.

Der Stand der Sektionen.

Als das National-Executiv-Comite im März 1884 seine Funktion antrat, bestand die Partei aus etwas über 30 Sektionen. Eine unermüdlige Thätigkeit durch Correspondenzen sowohl wie durch die unternommenen Agitationsreisen setzten uns in Stand, von Halbjahr zu Halbjahr ein fortlaufendes Wachstum an Sektionen damit auch an Mitgliedern zu vermelden und wenn wir in unserem ersten halbjährlichen Bericht die kühne Hoffnung aussprachen, unsere Partei sehr bald an Zahl der Sektionen und Mitglieder verdoppelt zu sehen, so haben sich diese Erwartungen, Dank verschiedenen Umständen: der sozialen Lage, dem Einflusse des gewaltigen Sieges unserer deutschländischen Genossen bei den Reichswahlen und endlich der emsigen schriftlichen und mündlichen Aufseinerung, durchaus erfüllt.

Heute beträgt die Zahl unserer Sektionen 61.

Die neu hinzugetretenen Sektionen sind: Adams, Auburn, Beacon Falls, Cincinnati, Cleveland, Davenport, Guttentberg, Jersey City, Jersey City Heights, Boston, Kansas City, Lawrence, La Salle, Leavenworth, Manchester, Minneapolis, Morrisania, Peru, Providence, Richmond, Rochester, Sandusky, Springfield (Mass.), Springfield (Ohio), St. Paul, Union Hill, Wilmington und West-boken.

Von diesen neuen Sektionen sind die von Cleveland, Davenport, Lawrence, Rochester und Rochester als vor Allen erfolgreich in der Agitation hervorzuhoben. Eine in Evansville gegründete Sektion ging leider wieder ein.

Von den Sektionen, welche uns besonders Schwierigkeiten und Mühe verursachen, ist Chicago allein zu nennen. Persönliche Differenzen und die Existenz der „Illinois Volkszeitung“ riefen eine Reihe nicht sehr angenehmer Verwickelungen hervor, welche wir, als sie uns ganz unentwirrbar erschienen, dem Aufsichtsrath zur Entscheidung und Schlichtung überließen.

Zu hoffen und zu wünschen ist, daß der Congreß das ganze Streitabjeft endgültig beseitigen und damit die Einigkeit unter den Genossen in Chicago wieder her-hergestellt werde. Zu hoffen und zu wünschen ist aber auch, daß, wie immer die Entscheidung ausfallen möge, unsere Chicagoer Freunde so viel Parteigeist und Disziplin besitzen, daß sie im Interesse der Partei einmütig an's Werk gehen, um die frische, kräftig blühende Sektion auf den jetzigen Trümmern wieder aufzu-

Nach den Staaten vertheilt, kommen an Sektionen auf California 1, Dela-
1, Iowa 1, Illinois 3, Indiana 2, Kansas 1, Kentucky 1, Minnesota 2, Mich-
1, Maryland 1, Missouri 2, New York 12, New England Staaten 13, New
sey 9, Ohio 3, Pennsylvania 3, Texas 1, Virginia 1 und Wisconsin 1.

Die Bewegung unter den Englisch Sprechenden

hat in letzterer Zeit, in Folge der Entwicklung der sozialen Verhältnisse im Vo-
sowohl als des Fortschrittes des sozialistischen Gedankens unter der Bevölkerung
England's, einen entschiedenen Anstieg erhalten, weshalb auch das Bedürfnis
Gründungen von Branches für Englisch-Sprechende lebhafter denn je sich be-
bar gemacht hat. Zahlreiche Correspondenzen, welche bei uns eingelaufen, la-
erwarten, daß wir in nächster Zeit einen bedeutenden Zuwachs von engl-
sprechenden Elementen zu verzeichnen haben. In New York, Albany und in
deren Orten sind bereits diesbezügliche Branches in's Leben gerufen worden,
dürfen wir hoffen, daß in nicht zu langer Zeit das Vorurtheil der Amerika-
gegen Alles, was Sozialist ist oder sozialistisch heißt, überwunden werden und
mit der Sozialismus mit offenem Visir auch in den Ver. Staaten marsch-
wird.

Da die Zustände diesseits des Atlantik wesentlich die gleichen wie jenseits
dieselben Klassengesetze zwischen Reichen und Armen drüben hier wie bestehen,
Versöhnung des Kapitals und der Arbeit im alten Vaterlande schier unmöglich
so bedarf es nur der rechten Einsicht der hiesigen Arbeitermassen, um die
Rücksicht fahren zu lassen, die letzten Antertane zwischen Kapitalisten und Arbeit-
Interessen zu zerbrechen, und die eigene Fahne, die rothe Fahne der Emanzipa-
der Arbeit, aufzupflanzen.

Diejenigen, welche aus der heute noch nicht bestehenden großen amerikani-
politischen Arbeiterbewegung auf die Unzulänglichkeit des Sozialismus auf am-
kanischem Boden schließen, sind blind, weil sie die drohenden, von England
überkommenden Wolken nicht sehen, und taub, weil sie das Weben und Weben
Zeitgeistes unter ihren Füßen nicht vernehmen oder nicht vernehmen wollen.

Aber der Tag des Proletariats wird und muß kommen und damit auch der m-
schirende Sozialismus im Sternenbannerlande.

In Betreff der privaten Co-operativ-Unternehmungen

welchen in Gewerkschaftsblättern in letzterer Zeit so sehr das Wort geredet wor-
ist, hat das National-Executiv-Comite versucht, in Bezug auf die Nachth-
welche aus derartiger privater Selbsthilfe den Genossen sowohl wie unserer P-
ter-Organisation als solcher erwachsen, indem sie letztere durch die Zerspaltung
der Kräfte lahm legen, zuverlässiges Material zusammenzubringen, und kann
Congreß nur empfehlen, dieses Material zu prüfen und zu diesen privaten Co-
rativ-Unternehmungen durch eine Resolution Stellung zu nehmen, welche
stimmt, daß bei Gründung von derartigen Unternehmungen, sofern sie auf
Beihilfe der Parteigenossen berechnet sind, die Genehmigung der Parteileit-
nothwendig ist, und daß da, wo bestehende Privat-Co-operativ-Unternehmen
zur Aufbesserung ihrer Fonds an die Parteigenossen appelliren, der Parteileit-
unbedingt Kenntniß und Einsicht der Verwaltung dieser co-operativen Ges-
zugestanden werde.

Wir glauben, daß nur durch eine solche Maßregel die Parteigenossen und be-
ders die Partei vor unliebsamen Erfahrungen verschont bleibe.

Der Aufsichtsrath,

den zu erwähnen laut Beschluß des Baltimorer Congresses der Sektion St. P-
zufiel, ward aus den Genossen Stöhr, Winter, Otto, Botter, Müller, H-

naas und Lindemann gebildet. Derselbe wird seinen Bericht separat dem Con-
einhändigten, weshalb hier nur zu berichten ist, daß er in der letzten Zeit
mehrere Klagen und Streitfälle zu entscheiden genöthigt war.

Das National-Executiv-Comite,

von der Sektion New York erwählt, bestand zu Anfang aus den folgenden Ge-
nossen:

A. Kölln, F. H. König, E. Kreis, Chr. Ludwig, W. L. Rosenberg, C. E. Sche-
witsch und H. Vogt.

Es traten im Laufe der Zeit aus: zuerst Schewitsch, später König, dann Kreis
und endlich Ludwig. An Stelle derselben wurden entsprechend erwählt: R. Meyer,
Derossi, P. Kleemann und H. Walther. Wäthm blieben während der beiden
letzten Jahre stabil im Comite die Genossen Kölln, Rosenberg und Vogt.

Die Aemter waren im Anfang vertheilt wie folgt:

Korrespondirender und Finanz-Sekretär: W. L. Rosenberg.

Protokollirender Sekretär und Sekretär für's Ausland: E. Kreis.

An Stelle von Kreis trat als protokollirender Sekretär: C. Derossi; als Sekretär
für's Ausland: H. Vogt und an Stelle von König als Schatzmeister: Reinh.
Meyer, welche Aemter auch jetzt noch in den Händen der Genannten ruhen.

Schlußwort.

Genossen! Indem wir Euch Allen von Herzen für das Vertrauen danken,
welches Ihr uns während unserer Thätigkeit in reichstem Maße zu Theil werden
ließet, nehmen wir Abschied von Euch in der Hoffnung, daß uns Nachfolger in
unserem Amte gegeben werden mögen, welche thatkräftiger und befähigter als wir,
in erhöhterem Maße im Stande sind, der Partei und unserer großen Sache zu
dienem.

Unter unserer Amtsdauer sind die Arbeiten außerordentlich gewachsen. Sie
mögen auch ferner wachsen, denn je mehr der Arbeiten, desto größer der Fort-
schritt, desto mächtiger auch das Bewußtsein von der Unbezwingbarkeit unserer
Ideen.

Von diesem Bewußtsein durchdrungen, haben wir unsere Funktionen beg-
nennen von diesem Bewußtsein erfüllt, legen wir sie nieder.

Es lebe die Solidarität der arbeitenden Völker!

Nieder mit der kapitalistischen Ausbeutung!

Es lebe die Emanzipation des Proletariats!

Das National-Executiv-Comite der Sozial. Arbeiter-Partei.

J. A.: W. L. Rosenberg, Sekretär.

Der Finanzbericht,

den Zeitraum vom 1. Januar 1884 bis 1. Oktober 1885 umfassend, lautet tabel-
larisch wie folgt:

Einnahmen:

In Händen des Schatzmeisters am 1. Januar 1884.....	\$ 78.23
Für Marken an die Sektionen.....	1637.61
" " " einzelstehende Mitglieder.....	23.75
" verkaufte Broschüren.....	735.60
" Rechnungsbücher.....	34.65
" Telegramme.....	15.38
" Agitation.....	529.21
" Diverfes.....	40.82
Summa	\$3095.25

Ausgaben:

An Salär an den Sekretär.....	\$ 563.00
" " " Schatzmeister.....	7.00
" " " protokollirenden Sekretär.....	6.00
" laufenden Verwaltungs-Ausgaben.....	205.84
" Broschüren und Zirkularen.....	1305.43
" Agitation.....	699.68
" Telegrammen.....	21.91
" Diverse Ausgaben.....	48.69
" Hand des Schatzmeisters am 1. Oktober 1885.....	237.70
Summa	\$3095.25

Auf Ansuchen der Sektion Philadelphia beantragt Schiele, dem National-Exekutive-Komite den Dank der Partei und des Kongresses auszusprechen, welchem Antrag einstimmig zugestimmt wird.

Hierauf erstattet Quas als Vertreter und im Namen des Aufsichtsraths Bericht über die Thätigkeit desselben. Der Bericht wird entgegengenommen und die streitigen Punkte: Chicager Sektionsstreit und Affaire Fabian-Diekgen, dem Untersuchungskomite überwiesen.

Die Mandats-Prüfungskommission meldet, daß ihre Arbeiten vollendet und sie bereit sei, zu berichten, daß die Mandate der folgenden Delegaten richtig befunden worden:

Sektion Baltimore:	Otto Dorn, Maschinenbauer.
" Boston:	Karl Billiau, Cigarrenmacher.
" Buffalo:	} W. Rohloff, Korbmacher.
" Rochester:	
" Brooklyn:	} Franz Seubert, Cigarrenmacher.
" Greenpoint:	
" Astoria:	} J. Freudiger, Cigarrenmacher.
" Cincinnati:	
" Cleveland:	} August Reitel, Maschinenbauer.
" Sandusky:	

Section	Davenport :	P. Knickrehm, Cigarrenm.
"	La Salle :	
"	Detroit :	Charles Erb, Cigarrenm.
"	Hoboken :	
"	Jersey City :	W. Ufert, Buchhändler
"	Jersey C. S. :	und
"	W. Hoboken :	
"	Union Hill :	Jul. Hösterey, Lithogr.
"	Newark :	
"	Indianapolis :	Karl Haupt, Maschinist.
"	Lawrence :	Jakob Schuck, Carpetweber.
"	Manchester :	Charles Herzer, Schlosser.
"	Milwaukee :	Val. J. Blaz, Conditor.
"	Morrisania :	C. Holzhauer, Cigarrenmacher.
"	New Bedford :	W. J. Kronauge, Lithograph.
"	New Haven :	
"	Rockville :	
"	Meriden :	P. Zimmermann, Cigarrenm.
"	Beacon Falls :	
"	Holyoke :	
"		C. Arnold, Cigarrenmacher.
"	New-York :	Julius Bordollos, Clerk.
"		Alex. Jonas, Journalist.
"		Julius Kölln, Cigarrenmacher.
"	Baterson :	George Wagner, Seidenweber.
"	Philadelphia :	Fr. Schiele, Buchdrucker.
"	Pittsburg :	Lh. Becker, Schreiner.
"	Springfield, D. :	Charles Becker, Uhrmacher.
"	Syracuse :	August Pellmann, Schreiner.
"	St. Paul :	Otto Haese, Buchdrucker.
"	St. Louis :	Julius Quaas, Schreiner.
"	Louisville :	Joseph Koller, Carpetweber.
"	Richmond :	J. Freudiger, Cigarrenm.
"	San Francisco :	Gottfried Benzinger, Schlosser.

National-Exekutiv-Komite: W. L. Rosenberg, Lehrer.

Werner meldet die Kommission, daß von Chicago drei Beglaubigungs-
schriften vorlägen, auf die Namen A. Ponstein, Chas. Boehning u. P. Knick-
rehm lautend, was eine lebhaftete Debatte hervorruft. Jonas beantragt,
diese Delegaten von Chicago mit Sitz und Stimme zuzulassen; Schiele
gegenbirt den Antrag, daß Boehning vorläufig wohl Sitz, aber keine
Stimme erhalte.

Knickrehm zieht sein Mandat zurück und Ponstein wird, gemäß des Schie-
le'schen Antrags, als regulärer Delegat zugelassen, während Boehning bis
zur endgültigen Entscheidung Sitz, jedoch ohne Stimme im Kongreß erhält.

Eine Sympathiezuschrift, unterzeichnet vom Sozialistischen Frauenbund
von New-York, Brooklyn und Newark, kommt hierauf zur Verlesung und
wird unter lebhaften Ausdrücken der Anerkennung entgegengenommen. Es
wird beschlossen, der Frauenfrage, wie gewünscht, in Zukunft mehr Beach-
tung denn bisher zu schenken.

Ein zweites Schreiben, von dem Jüdischen Arbeiterverein New-Yorks kommend, in welchem die Unterstützung der Partei bei der vom genannten Verein beabsichtigten Herausgabe eines Organs in hebräischen Lettern erbeten wird, wird verlesen und auf Antrag Hösterey's bis zur Berathung über Partei-Literatur zurückgelegt. Darauf Vertagung bis Nachmittags 2 Uhr.

Nachmittagsitzung.

Punkt 2 Uhr Eröffnung. Delegaten sämmtlich anwesend. Dorn beantragt, in allen Fragen namentliche Abstimmung stattfinden zu lassen, während Jonas beantragt, dieselbe, wenn beantragt, nur in besonderen Fällen, ohne Debatte zu gestatten. Letzterer Antrag wird angenommen.

Beschlossen wird, in die Berathung der Plattform einzugehen. Zuerst wird der Entwurf, der von der Sektion New-York eingesetzten Plattform-Kommission (bestehend aus den Genossen Walther, Bordollo, F. H. König, Fabian und Lehniger) verlesen und auf Antrag Holzhauer's alle auf die Plattform bezüglichen Anträge bekannt gegeben. Haese will etwaige neue Anträge in schriftlicher Form eingebracht wissen, was angenommen wird. Der Entwurf der New-Yorker Plattform-Kommission wird als Grundlage der Berathung acceptirt, da allgemein zugestanden wird, daß die bisherige Plattformfassung der besseren Präzisierung bedürfe. Der Entwurf lautet:

Programm der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei von Nord-Amerika.

Theorie:

Die moderne Produktion beruht auf der Association der Produktivkräfte.

Damit steht im Widerspruch:

- Die individuelle Konkurrenz,
- Die kapitalistische Produktions-Form,
- Das Lohnarbeiterthum und
- Das Privateigenthum an den Arbeitsmitteln.

Aus diesem Widerspruche entspringen:

- Die Planlosigkeit der Gesamtproduktion,
- Die Vergeudung der Natur- und Menschenkräfte,
- Die Krisen der Produktion und des Handels,
- Die beständige Ungewißheit der materiellen Existenz der Lohnarbeiter,
- Das Elend der Proletarier-Massen und
- Die ungeheure Reichthums-Ansammlung in den Händen Einzelner.

Um diesen Widerspruch zu lösen, fordern wir als „Sozialisten“:

Die Verwandlung des Privateigenthumes

- An Grund und Boden,
- Den Arbeitsinstrumenten und
- Den Produktions-Erzeugnissen

In Gemeinbesitz und damit Neubegründung des individuellen Eigenthumes im Antheil am Gemeingute.

Als „Demokraten“ fordern wir von der Gesellschaft:

Die praktische Gewährleistung der individuellen Gleichberechtigung.

Hinsichtlich des Arbeitsprozesses fordern wir deshalb als „Sozialdemokraten“, entsprechend dem Prinzipie der Association und der individuellen Gleichberechtigung:

Die genossenschaftliche Produktion, wie die genossenschaftliche Vertheilung der Güter, bei allgemeiner Arbeitspflicht, unter Leitung des Staates.

Die Sozialdemokratische Arbeiter-Partei begründet ihren Namen als „Arbeiter“-Partei aus dem Bewußtsein der Unterdrückung der Klasse der Lohnarbeiter durch die Klasse der Kapitalisten.

Wir erstreben deshalb zwecks Aufhebung dieser Klassen:

Die Erringung der politischen Macht und

Die Expropriation der Produktionsmittel in Händen der Gesellschaft.

Sozialistische Forderungen für die Gegenwart.

Die sozial-demokratische Arbeiter-Partei erstrebt die gänzliche Revision der Verfassung und der Gesetzbücher der Vereinigten Staaten, der Einzelstaaten und der Kommunen, im Sinne nachstehender Forderungen:

a. In politischer Beziehung.

1. Aufhebung der Präsidentschaft, der Vice-Präsidentschaft und des Senats der Vereinigten Staaten.
2. Ersatz dafür durch einen Bundesrath.
3. Analoge Verfassung der Einzel-Staaten und Kommunen.
4. Aufhebung des Rechts der Einzel-Staaten, Gesetze zu erlassen, welche den Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderlaufen.
5. Kommunale Selbstverwaltung, bei staatlichem Revisionsrecht.
6. Gleiches und direktes Wahlrecht ohne Unterschied der Klasse, der Nationalität und des Geschlechtes, bei geheimer Stimmenabgabe. Gesetzliche Bestimmung aller Wahltag als Feiertage.
7. Gesetzes-Vorschlagsrecht des Volkes und das Recht der Urabstimmung über alle so eingebrachten und von den Legislatoren erlassenen Gesetze. (Nur eine durch Volksabstimmung festzustellende Anzahl von Bürgern soll dahingehend berechtigt sein.)
8. Verantwortlichkeit und Rückberufbarkeit der Mitglieder aller legislativen Körperschaften.

9. Aufhebung aller Distriktgrenzen bei Wahlen und Minoritätsvertretung in allen gesetzgebenden Versammlungen.

10. Einheitliches Recht innerhalb der Vereinigten Staaten, öffentliche Rechtspflege durch das Volk, unentgeltliche Rechtspflege, Aufhebung des Bürgschaftssystems und der Todesstrafe, sowie rechtliche Gleichstellung der naturalisirten Bürger mit den Eingeborenen.

11. Trennung aller öffentlichen Angelegenheiten von der Religion.

12. Einheitliche Ehegesetze durch die Vereinigten Staaten und Lösbarkeit bei gegenseitiger Einwilligung.

b. In sozialer Beziehung.

1. Uebernahme der Eisenbahnen, Kanäle und Telegraphen durch die Vereinigten Staaten.

2. Uebernahme der städtischen Straßenbahnen, der Fähren, der Telephone und des öffentlichen Beleuchtungswesens durch die Kommunen.

3. Unveräußerlichkeit aller öffentlichen Ländereien und Verpachtung derselben an Arbeiter-Produktiv-Assoziationen. Widerruf aller diesbezüglichen Verkäufe und Schenkungen welche unter falschen Vorspiegelungen erreicht wurden.

4. Alleiniges Recht der Geldausgabe und der Hypotheken-Verleihung durch die Vereinigten Staaten, sowie Verbot der Ablösung der Letzteren.

5. Regelung der Wald- und Wasserwirtschaft durch Kongreßakt, nach wissenschaftlichen Prinzipien.

6. Das Recht des Verbots der Vergeudung von Naturschätzen, seitens der Vereinigten Staaten, durch landwirtschaftlichen und Minen-Raubbau.

7. Das Recht der Expropriation und Freigebung neuer Erfindungen von öffentlichem Interesse, und Gewährung einer Nationalbelohnung an Erfinder, durch Kongreßakt.

8. Gesetzliche Bestimmung des Maximums der Wohnungsmiethe durch die Kommunen.

9. Die Pflicht der Erlassung öffentlicher Arbeiten zu Zeiten sozialer Nothstände.

10. Progressive Einkommen- und Erbschaftsteuer, mit Steuerfreiheit für den Minimal-Unterhalt einer Familie, sowie Abschaffung der indirekten Steuern.

11. Allgemeine Schulpflicht und unentgeltlicher, dem Mittellosen durch öffentliche Beihilfe zu ermöglichender Unterricht in allen Bildungsanstalten, wie Uebernahme des gesamten Erziehungswesens durch die Vereinigten Staaten, nach einem einheitlichen Gesamtplane.

12. Abschaffung aller Pauper-, Tramps-, Verschwörungs- und Temperenzgesetze. Unbeschränkte Koalitionsfreiheit.

13. Öffentliche, statistische Ermittlung der Arbeiterverhältnisse, Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit, sowie Abschaffung des Kontrakt-Systems für Gefangenenarbeit.

14. Auszahlung der Löhne in baarem Gelde und gesetzliche Gleichstellung derselben für gleiche Leistungen, ohne Unterschied des Geschlechts.

15. Schutzgesetze für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter und ein wirksames Haftpflichtgesetz.

16. Förderung von Arbeiter-Produktiv-Associationen, durch öffentliche Kreditgewährung und Bevorzugung derselben seitens der Vereinigten Staaten, der Einzelstaaten und der Kommunen, bei Vergebung von Kontrakten.

17. Das Recht der gesetzlichen Inkorporation der Gewerkschaften durch Kongreßakt.

18. Verminderung der Arbeitszeit, proportional mit den Fortschritten der Produktion, und Feststellung eines normalen Arbeitstages von höchstens acht Stunden, durch Kongreßakt.

Nachdem der erste Theil nochmals verlesen ist, wird beschlossen, in die Spezialdebatte einzutreten. Jonas erklärt die Fassung des Plattform-Entwurfs für zu philosophisch, wenn auch richtig und macht geltend, daß es vor Allem nothwendig sei, eine Plattform zu haben, welche agitatorisch wirke. Die Ergänzung des Wortes Plattform durch „Programm“ wird, weil dem üblichen Gebrauche des Landes zuwiderlaufend, abgelehnt und ersteres beibehalten. Ueber die Frage, ob der Name „Sozialdemokratische Arbeiter-Partei“ an Stelle von „Sozialistische“ treten solle, entspann sich eine rege Debatte, an welcher sich die Genossen Jonas, Rosenberg, Koller, Bordollo, Zimmermann, Quaas, Ch. Becker, Arnold, Ufert, Keitel, Ponstein, Dorn, Knickrehm, Kölln und Blaz theilnahmen. Befürwortet von Kölln, Rosenberg, Keitel u. A. wird, daß die erstere vorgeschlagene Bezeichnung den Tendenzen der Partei mehr entsprechend sei, während von Jonas, Dorn u. A. eingewendet wird, die Umtaufung des Namens der Partei habe nur Verwirrung zur Folge und eigne sich wegen der hier zu Lande verrufenen Demokratie auch aus taktischen Gründen nicht.

Namentliche Abstimmung ergibt folgendes Resultat:

Für die Aenderung des Namens der Partei stimmen: Keitel, Knickrehm, Ufert, Zimmermann, Wagner, Schiele, Becker (Spr.), Quaas, Koller, Arnold, Bordollo, Bellmann, Kölln. Zusammen 13 Stimmen.

Dagegen: Dorn, Villiau, Rohloff, Seubert, Freudiger, Erb, Hösterey, Haupt, Schuck, Herzer, Blaz, Holzhauer, Kronauge, Becker (Pittsburg), Haeje, Benzinger, Jonas, Ponstein. Zusammen 18 St.

Auf Antrag Jonas wird hierauf ein Plattform-Komitee eingesetzt und werden Jonas, Seubert und Kronauge dafür bestimmt. Letzterer lehnt nimmt aber auf Aufforderung an.

Der Abjatz „Theorie“ wird dem Inhalt nach für allgemein richtig anerkannt, indessen einer mehr volksthümlichen Gestaltung wegen dem Komite überwiesen.

Vorgeschlagen und angenommen wird, die einzelnen Abschnitte der sozialpolitischen Forderungen der Gegenwart vorzulesen und wenn kein Widerspruch erhoben wird, als angenommen zu betrachten.

Punkt 1 wird angenommen.

Zu Punkt 2 stellt Knickrehm den Antrag, daß die Exekutive durch das Volk erwählt werde. Der Antrag von Jonas, welcher lautet: Punkt 2. „Verbleibt das Repräsentanten-Haus als legislative Behörde, welche eine jede Zeit rückberufbare Exekutive zu wählen hat,“ wurde angenommen.

Zu Punkt 3 beantragt Quaas für „analog“ „entsprechende“ zu setzen. Angenommen.

Auf Antrag Schiele's, Punkt vier gestrichen.

Jonas beantragt zu Punkt 5, einen Passus wegzulassen, so daß es heißt: „Kommunale Selbstverwaltung.“ Angenommen.

Punkt 6 wurde unverändert angenommen und 7 dem Komite überwiesen.

Punkt 8 angenommen und 9 und 10 dem Komite überwiesen.

Zu Punkt 11 beantragt Haese, hinzuzufügen: „das Kircheneigenthum zu besteuern,“ angenommen.

Punkt 12 wird an das Komite verwiesen.

Eine Debatte entspinnt sich über die Frage: Ob ein Delegat Mitglied mehrerer Komiteen sein dürfe? was von dem Kongreß mit 12 gegen 10 Stimmen bejaht wurde. Jonas, weil in anderen Komiteen zu sehr beschäftigt, resignirt als Mitglied des Untersuchungs-Komitees und wird Holzhauer an seine Stelle gewählt. Hierauf Vertagung bis morgen Vormittag 8 Uhr. Schluß 6 Uhr.

2. Sitzungstag.

Dienstag, den 6. Oktober 1885.

Die Sitzung wird um ein halb neun Uhr eröffnet. Seubert wird zum ersten und Freudiger zum zweiten Vorsitzenden wieder erwählt und das Protokoll der Montag-Vormittag-Sitzung angenommen wie verlesen. Alle Delegaten anwesend. Der Vorsitzende fragt das Untersuchungskomite, ob bereit, in Angelegenheit Chicago zu berichten. Dasselbe bejaht, jedoch empfiehlt Ufert, die Angelegenheit in geschlossener Sitzung zu berathen. Angenommen.

Hierauf Fortsetzung der Berathung über die Aenderung der Plattform und zwar des Theiles: „b. in sozialer Beziehung.“ Punkt 1 wird angenommen. In Punkt 2 wird das Wort „Telephon“ gestrichen und dem ersten Punkte nach Telegraphen hinzugefügt: „und sonstige Vermittlungswege.“ Punkt 3 und 16, sowie 4, 5 und 6 werden an das Plattform-Komite verwiesen. Auf Antrag von Jonas wird Punkt 7 abgeändert und wie folgt angenommen: „Das Recht der Expropriation in Kraft stehender Patente und Freigebung neuer Erfindungen von öffentlichem Interesse, sowie Gewährung einer Nationalbelohnung an Erfinder.“

No. 8 wird dem Komite überwiesen und in 9 das Wort „Erlassung“ durch „Anordnung“ ersetzt.

Blaz beantragt, Punkt 10 dem Komite zu überweisen. Angenommen.

Punkt 11 mit Aenderung des Wortes „Erziehungs“ durch „Unterrichts“ auf Antrag Kölln's angenommen. Ebenso No. 12.

No. 13 und 15 ist zusammenzufassen und wird dem Komite überwiesen. No. 14 angenommen.

No. 17 wie folgt angenommen: „Gesetzliche Inkorporation der Gewerkschaften.“

Punkt 18 wird zusammen mit der Achtfunden-Frage durch eine Generaldebatte erledigt, deren Resultat folgende vom Kongreß angenommene Resolution ist:

Resolution.

„Die National-Exekutive soll beauftragt werden, eine Broschüre oder ein Pamphlet zu erlassen, worin sie die Stellung der Partei zu der Frage des Normal-Arbeitstages feststellt, dahin gehend

- 1) daß der Normal-Arbeitstag resp. die den Bedürfnissen stets entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit für die Gegenwart als Schutzmittel gegen die immer stärker werdende Ausbeutung bis zu einem gewissen Grade von Werth und empfehlenswerth sei; daß aber
- 2) auch der Normal-Arbeitstag nur eine Palliativforderung, wenn auch die in der heutigen Gesellschaft gestellte die radikalste ist, daß aber auch die Verwirklichung dieser Forderung, in Folge von fortschreitender Theilung der Arbeit und Erfindung neuer Maschinen, auf die Dauer keinen Schutz gegen die Verelendung der Massen gewährt, daß vielmehr nur eine vollständige Umwälzung des heutigen Gesellschaftszustandes zur Emanzipation des arbeitenden Volkes führt.

Im Uebrigen wird den Parteigenossen empfohlen, überall und aller Orten sich im Sinne obiger Ausführungen energisch an der Achtfundenbewegung der Gewerkschaften im nächsten Jahre zu betheiligen.“

Punkt 18 soll in seiner neuen Fassung wie folgt lauten: „Verminderung der Arbeitszeit im Verhältniß mit den Fortschritten der Produktion, und Feststellung eines normalen Arbeitstages von höchstens acht Stunden für die Industriearbeiter, sowie entsprechende zweckmäßige Einrichtung für die landwirthschaftlichen Arbeiter und Bestrafung aller Uebertreter.“ Diese Fassung — deren letzter Absatz von Kölln beantragt worden — wird mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Jonas beantragt, die ökonomischen den politischen Forderungen voranzustellen, was angenommen wird. Nachdem noch ein Komite zur Revision der Constitution und Vorlage von Aenderungen, bestehend aus den Genossen Dorn, Kölln und Zimmermann, ernannt worden, verlagte sich die Sitzung bis 2 Uhr Nachmittags.

Geschlossene Sitzung.

2 Uhr Nachmittags. Alle Delegaten anwesend. Genosse Müller aus Cincinnati Thürsteher. Der Sprecher des Untersuchungskomitees, Genosse Holzhauer, erhält das Wort, um in der Chicagoer Sektionsstreit-Angelegenheit Bericht zu erstatten. Nachdem er auf die Schwierigkeiten hingewiesen, das vorliegende Streitmaterial überhaupt bewältigen zu können, und nach-

dem er ausgeführt, daß das Komite sich alle Mühe gegeben, die Sache in Güte beizulegen, womit die beiden Parteien sich auch einverstanden erklärt hätten, verliest er Namens des Untersuchungskomitees nachstehende Resolution, in welcher die Basis zur Reorganisation der Sektion Chicago geschaffen worden sei:

Untersuchungskomite des Kongresses zu Cincinnati.
5. Oktober 1885.

Angelegenheit Chicago.

Nachdem wir das uns vorliegende Material nach Möglichkeit geprüft und die beiden Parteien verhört, haben wir, einsehend, daß auf die Einzelheiten einzugehen durchaus unthunlich ist, versucht, beide Parteien versöhnlich zu stimmen und unter ihnen eine Einigkeit zu erzielen.

Auf die an die respektiven Delegaten gerichtete hierauf bezügliche Anfrage wurde uns erklärt:

Von Genosse Ponstein, unter Citation eines bereits von der Sektion Chicago gefaßten Beschlusses, die auf der „Ill. Volks-Zeitung“ bis zu deren No. 14 lastenden Schulden zu übernehmen, daß die Sektion Chicago geneigt ist, die ausgeschlossenen, sowie alle ausgetretenen ehemaligen Mitglieder wieder als der Sektion angehörig zu betrachten.

Von Genosse Boehning, daß er mit der vom Gen. Ponstein gegebenen Erklärung einverstanden sei.

Da auf beiden Seiten zugestandenermaßen Fehler begangen sind und in der gegenseitigen Befehdung des Besseren zu weit gegangen worden ist, betrachtet das Komite die beklagenswerthen Vorkommnisse und die damit verbundenen Insulte für vergessen, hoffend, daß auf dieser nunmehr erlangten neuen Basis beide Parteien, wieder vereint als Ganzes, im Interesse unserer Bewegung in Chicago von Neuem an's Werk gehen.

Auf Grund des Vorstehenden empfiehlt das Komite dem Kongreß, diesen Einigungs-Modus an sich und die von den Ausgeschlossenen gebildeten Branches von heute ab als Branches der Sektion anzuerkennen, und, da nach der numerischen Stärke der Genossen beider Parteien nur Ein Delegat zum Kongresse zuzulassen ist, daß Gen. Boehning mit beratender Stimme für die Dauer des Kongresses Sitz im Kongreß erhalte.

Zum Schluß erklären wir die vom Nat.-Exek.-Komite und dem Aufsichtsrath in vorliegender Angelegenheit eingenommene Stellung für im Sinne der Konstitution gehalten und durchaus korrekt.

C. Holzhauer, Vorsitzender. C. Arnold, Schriftführer.
P. Knickrehm. Chas. Erb. Wm. Ufert.

Boehning, befragt, ob seine Fraktion mit der vom Komite gefaßten Resolution einverstanden sei, erklärt, er habe gebundenes Mandat und könne nicht anders pactiren, als wenn die andere Fraktion sich den Bedingungen seiner Fraktion, zu: Widerruf von Verläumdungen und Ausstoßung einiger Mitglieder bekenne. Da Ponstein damit nicht einverstanden ist, gelangt das Streitobjekt zur nochmaligen Revue vor dem Kongreß, welche beinahe drei Stunden dauert und welche offenbar macht, daß vorherrschend persönliche auf Mißtrauen gegründete Differenzen vorhanden sind. Da Boehning in seiner Kontroverse auch die Exekutive angreift,

verliest der Vertreter der letzteren einen Theil von deren offiziellem, in dieser Streisache vor dem Untersuchungs-Komite abgegebenen Bericht.

Bö h n i n g erklärt sich gegen den Bericht der Exekutive, auch gegen die Haltung des Aufsichtsrathes, wogegen die Vertreter beider Körperschaften energisch remonstriren. Hierauf bringt R e i t e l folgenden Vermittlungs-Antrag ein:

„Der Kongreß möge beschließen: Da die Streitobjekte in der Chicagoer Angelegenheit durchaus nicht prinzipieller Natur sind, und da die Delegaten sich nicht in der Lage befinden, die Anklagen, welche gegenseitig gemacht werden, auf ihre Echtheit zu prüfen; da aber aus den bis jetzt gehörten feststeht, daß auf beiden Seiten gesündigt worden ist, empfiehlt der Kongreß, die Genossen mögen sich auf Grund des vom Untersuchungskomite gegebenen Berichtes einigen. Der Kongreß ist der Meinung, daß Beschlüsse in dieser Frage eine Einigung nicht erzielen werden, daß nur guter Wille von Seiten der Chicagoer Genossen dies vermag.“

Gegen diesen wenden sich Holzhauer, Knickrehm, Zimmermann, Arnold, Ufert u. A. Holzhauer tadelt, daß Bö h n i n g sich über Nacht eines Besseren besonnen und verliest nochmals die Komite-Resolution, erklärend, daß, wenn sich die Chicagoer Genossen dem vom Komite gefaßten Verlangen nicht fügen wollten, man sie als rebellisch erachten und außerhalb der Partei erklären sollte. In namentlicher Abstimmung wurde darauf der Antrag R e i t e l's insofern angenommen, als die Genossen: Dorn, Billiau, K o h l o f f, Seubert, Freudiger, R e i t e l, Schuck, Herzer, Blaz, Bordollo, Jonas, Wagner, Schiele, Bellmann, Haese, Quaas, Koller, Konstein dafür sind, daß den Chicagoer Genossen die Vereinigung empfohlen wird, während die Genossen: Knickrehm, Erb, Ufert, Hösterey, Haupt, Holzhauer, Kronauge, Zimmermann, Arnold, Kölln, Th. Becker, Ch. Becker u. Benzinger für einen Befehl, resp. eine Verpflichtung der Vereinigung stimmen.

Die Angelegenheit Fabian gegen Diehgen wird auf Antrag H a e s e's als nicht geeignet zur Berathung auf den Tisch gelegt, und ein Antrag H ö s t e r e y's angenommen, Fabian zu ersuchen, die Parteibehörden in Zukunft weniger mit seinen persönlichen Angelegenheiten zu belästigen.

Verschiedene Anträge der Sektionen Baltimore, Syracuse, La Salle, Cleveland und Paterson wegen Agitation und Organisation werden auf Antrag von Jonas der Exekutive überwiesen und zur bestmöglichen Berücksichtigung empfohlen.

Von der Sektion Pittsburgh läuft ein Glückwunsch-Telegramm ein, welches verlesen wird.

Ein Antrag der Sektion St. Paul, ein Manifest an die Frauen zu erlassen, wird der Exekutive überwiesen.

Eine längere Debatte entspinnt sich über die Frage, einen Fond zu gründen, um den Reichstagsabgeordneten Bebel zu einer Agitationstour in den Ver. Staaten kommen zu lassen. J o n a s beantragt, auch Liebknecht kommen zu lassen, wenn die Mittel solches erlauben. R o s e n b e r g theilt mit, daß Schritte zu einer solchen Tour von der Exekutive des öfteren, bisher aber vergeblich, unternommen worden; es sei daher nicht opportun, einen Fond anzulegen, von dem man nicht wisse, wie lange er ruhe. Gelder würden mit Leichtigkeit aufgebracht, wenn die Genossen Bebel und Lieb-

knecht Amerika besuchen würden. Der Fond wird damit abgelehnt. Die Exekutive wird beauftragt, sich mit den Beiden in Verbindung zu setzen und darauf der Antrag von Jonas angenommen. Ein Antrag Kron-aug e, einen bekannten Redner, wenn möglich, aus England zu beschaffen, wird gleichfalls angenommen.

Darauf Vertagung bis morgen 9 Uhr.

3. Sitzungstag.

Mittwoch, den 7. Oktober 1885.

Die Sitzung wird um neun ein halb Uhr eröffnet; Seubert wird als erster und Schiele als zweiter Vorsitzender erwählt.

Das Protokoll wird verlesen und mit einer kleinen Aenderung angenommen. Alle Delegaten sind anwesend.

Ein Antrag der Sektion Brooklyn wird mit einem ähnlichen von Cleveland zurückgelegt.

Ein Antrag der Sektion Syracuse, den Anarchisten gegenüber Stellung zu nehmen, wird, nachdem bemerkt wird, daß sie schon im Baltimorer Manifest genau definiert sei, als erledigt erachtet.

Hierauf wird zur Berathung des Partei=Organs geschritten und verliest Partei=Sekretär Rosenberg den Bericht, dessen Eingang wie folgt lautet:

Bericht über das Partei-Organ.

Das N. E. R. begann auf Grund des Baltimorer Beschlusses gleich nach seiner Konstituierung mit der Sammlung eines Partei-Organ-Fonds, und als derselbe eine seiner Ansicht nach genügende Höhe erreicht (bis Ende Dezember gingen \$1433.20 ein) und außerdem in der Person des Genossen Dietzgen eine geeignete Kraft für die Redaktion gefunden war, wurde die Herausgabe des Blattes auf den 1. Januar 1885 festgesetzt. Dietzgen übernahm die Redaktion gegen ein wöchentliches Honorar von \$12.50. Mit der Führung der Geschäfte des Blattes und als Mitredakteur ward zuerst, gegen eine Honorirung mit \$7.50 wöchentlich, der Parteisekretär betraut; derselbe erkrankte aber in Folge Ueberanstrengung und übernahm das Komitemitglied Kreis den technischen Theil der Zeitung, welches Amt derselbe auch nach Wiedergenesung Rosenbergs beibehielt, da es sich herausgestellt, daß es für den Sekretär eine Arbeitsüberlastung sei. — Für einen Gehülfen in der Expedition (zum Ausschreiben der Adressen 2c.) wurden erst \$4.00, später 3.50 angesetzt.

In Folge einer persönlichen Angelegenheit des Geschäftsführers mit einem New-Yorker Genossen, über welche die näheren Angaben im Protokollbuch des Komites (s. Sitzung vom 6. März u. folgende) enthalten sind, wurde derselbe provisorisch suspendirt und reichte kurz darauf seine Resignation ein. Es ward dann das Komitemitglied Derossi an dessen Stelle gewählt.

Der Sekretär übernahm später die Bearbeitung der politischen Rundschau und

der Korrespondenzen, wofür ein wöchentliches Honorar von \$3.00 festgesetzt wurde; der Geschäftsführer besorgte das Lesen der Korrektur.

Eine weitere Aenderung ist seitdem nicht eingetreten.

Das Komite bemühte sich schon vor Herausgabe des Blattes um die Herbeiziehung von Mitarbeitern. Das Honorar wurde auf \$1.50—3.00 pro Spalte festgesetzt, je nach dem Werth der Artikel, über den das Komite in Gemeinschaft mit dem Redakteur entschied.

Trotzdem eine ganze Reihe befähigter Genossen zusagte, gingen doch verhältnißmäßig wenig Beiträge ein; zeitweilig lieferten einige der Komitemitglieder solche.

Im Laufe des ersten Halbjahres gingen, besonders auf eine Seitens des Komitees erlassene Aufforderung hin, von vielen Seiten Schreiben ein, in denen sich die Genossen über die Haltung des Blattes u. s. w. aussprachen. So weit es in der Möglichkeit lag, wurden den verschiedenen Wünschen Rechnung getragen, einschneidende Aenderungen aber, wie Vergrößerung des Blattes u. dergl., der Entscheidung des Kongresses überlassen.

Wie sich herausgestellt hat, war die Thätigkeit in Verbreitung des Parteiorgans dort, wo die Sektionen selbst die Sache in die Hand genommen hatten, eine viel lebhaftere, als da, wo die Sektionen sich wenig oder gar nicht darum kümmerten und Alles den Zeitungsagenten überließen. Auch ist es deutlich zu Tage getreten, daß diese Thätigkeit belebend auf die Parteibewegung an den betr. Orten selbst im Allgemeinen zurückwirkte, so daß das Komite nur wünschen kann, daß die Sektionen überall, wo es sich machen läßt, den Vertrieb in die Hand nehmen, jedenfalls aber die Agitation für das Blatt, das Sammeln von Abonnenten zc. regelmäßig und planmäßig betreiben.

Im Uebrigen hat das Komite in Bezug auf das Blatt folgende Anträge zum Kongreß gestellt:

- 1) Das Parteiorgan solle direktes Parteieigenthum sein, resp. aus Parteimitteln erhalten werden.
- 2) Der Redakteur solle vom N. E. K. ernannt und die Kontrolle gemeinsam mit dem Aufsichtsrath geführt werden.
- 3) Die Besetzung der Expedition habe durch das N. E. K. zu geschehen.
- 4) Die Sektionen sollen verpflichtet werden, die Agitation für das Parteiorgan und den Vertrieb desselben selbst in die Hand zu nehmen und Verantwortung für die bestellten Exemplare zu tragen.
- 5) Das Blatt solle vergrößert werden.
- 6) Eine entsprechende Aenderung des Geschäftsreglements anzunehmen.

Der vorstehende Bericht wird entgegengenommen und auf Antrag von Hösterey erklärt der Kongreß, daß die Partei-Leitung bezüglich der Verwaltung der Partei-Organis ihre Pflicht gethan habe.

Darauf wird in die Spezialdebatte eingetreten.

Der Antrag der Sektion New York: „Aufhebung der Beschränkung, daß das Partei-Organ der Parteikasse nicht zur Last fallen dürfe“, wird bei namentlicher Abstimmung mit 27 gegen 4 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten: Rohloff, Schiele, Quaas und Benzinger.

Der Antrag der Sektion Davenport und der Exekutive, die Exekutive solle die Expedition besetzen, die Gehälter bestimmen und die Beamten kontrollieren, wird angenommen.

Rosenberg beantragt, da viele der gestellten Anträge in den Regeln zum „Sozialist“ bereits enthalten sein, letztere zur Verlesung zu bringen und zu debattieren. Mit 12 gegen 10 Stimmen wird beschlossen, die von der Exekutive aufgestellten Regeln für die Administration des „Sozialist“ zu verlesen.

Partei-Organ: „Der Sozialist.“

Geschäftsregeln für den „Sozialist.“

I.

§ 1. „Der Sozialist“ ist Eigenthum der Partei und wird eventuell von der Parteikasse unterhalten.

§ 2. Das National-Exekutive-Komitee bildet die Verwaltungs- und Redaktionsbehörde des „Sozialist.“

§ 3. Es hat als solches die Pflicht, mindestens einmal alle 14 Tage eine Versammlung einzuberufen, um in derselben die Interessen der Zeitung zu berathen.

§ 4. Jedes Mitglied des National-Exekutiv-Komitees hat die Pflicht, sich vom Stande des Geschäftes Kenntniß zu verschaffen und deshalb das Recht, alle Bücher, Protokolle und Korrespondenzen einzusehen.

§ 5. Jedes Mitglied hat das Recht, unter Angabe des Zweckes, eine Extra-Versammlung einzuberufen.

§ 6. Das Nat.-Exef.-Komitee hat halbjährlich spezifisirten Bericht an die Sektionen zu erstatten.

II.

§ 1. Der Redakteur, resp. die Redakteure werden unter Zustimmung der Aufsichtsbehörde von dem Nat.-Exef.-Komitee angestellt.

§ 2. Derselbe oder dieselben müssen Sozialisten und Mitglieder einer Sektion der S. A. P. sein.

§ 3. Die Redaktion ist für die prinzipielle und gediegene wissenschaftliche Haltung der Zeitung verantwortlich. Sie hat geeignete Kräfte zur Mitarbeitererschaft heranzuziehen und in Bezug auf Honorirung der Beiträge, auf Grund einer von dem Nat.-Exef.-Komitee festzustellenden Tabelle Empfehlung zu machen.

§ 4. Das Nat.-Exef.-Komitee hat aus seiner Mitte eine aus zwei Personen bestehende Beschwerde-Kommission zu erwählen und die Adresse eines Mitgliedes dieser Kommission im „Sozialist“ zu veröffentlichen.

§ 5. Der Redakteur oder die Redakteure haben, wenn sie Mitglieder des National-Exekutive-Komitees sind, in Redaktionsachen nur eine beratende Stimme.

§ 6. Das National-Exekutiv-Komitee hat das Recht, den oder die Redakteure mit Zustimmung des Aufsichtsrathes mit vierzehntägiger Kündigung zu entlassen. Die Kündigungsfrist ist gegenseitig. Bei außerordentlichen Vorkommnissen hat das National-Exekutiv-Komitee das Recht, den Redak-

teur sofort zu suspendiren, ist aber verpflichtet, der Aufsichtsbehörde den Fall zur Entscheidung zu unterbreiten.

III.

§ 1. Der Geschäftsführer wird von dem National-Exekutive-Komitee angestellt.

§ 2. Derselbe hat die geschäftliche Leitung des Unternehmens gewissenhaft zu besorgen und ist für dieselbe verantwortlich.

§ 3. Er hat dem National-Exekutiv-Komitee in der ersten Sitzung eines jeden Monats, sowie halbjährlich, einen genauen, übersichtlichen Bericht über den Stand und Gang des Geschäftes zu übergeben und eventuelle Vorschläge zur Verbesserung und Hebung der Zeitung zu machen.

§ 4. Er hat alle Einnahmen an den Schatzmeister des Nat.-Exef.-Komitees zu überweisen. Er darf nur solche Ausgaben machen, deren Charakter sofortige Erledigung bedingt; solche Ausgaben sind spezifisirt zusammenzustellen und vom Schatzmeister zurückzahlen.

§ 5. Alle Rechnungen müssen dem Nat.-Exef.-Komitee vorgelegt, von demselben geprüft und mit dem Viso des Vorsitzenden und des Geschäftsführers versehen sein, bevor sie zur Bezahlung gelangen. Alle eingegangenen Gelder sind im Partei-Organ regelmäßig zu quittiren.

§ 6. Der Geschäftsführer hat eventuell einen Office-Gehülfen anzustellen, dessen Salair von dem Nat.-Exef.-Komitee festgestellt wird und der von letzterem genehmigt sein muß.

§ 7. Der Geschäftsführer kann mit 14tägiger Kündigung entlassen werden. Die Kündigungsfrist ist eine gegenseitige.

§ 8. Die Revision des Finanzberichtes geschieht durch die Revisoren der Sektion desjenigen Ortes, an welchem das National-Exekutiv-Komitee seinen Sitz hat.

Schlussparagraph. Neue Regeln, resp. Ergänzungen zu den obigen können jederzeit mit Zustimmung des Aufsichtsrathes hinzugefügt werden.

Vorstehende Regeln wurden nach kurzer Debatte genehmigt und angenommen.

Der von der Sektion Davenport gestellte Antrag, als Ort der Herausgabe des „Sozialist“ New York zu bestimmen, wird einstimmig angenommen, ebenso wird der von den Sektionen Davenport, Cincinnati und Jersey City Heights gestellte Antrag: das Partei-Organ zwei Tage früher erscheinen zu lassen, angenommen. Der Antrag der Sektion Davenport, daß Agitations-Nummern nur bei wichtigen Gelegenheiten zur Ausgabe gelangen sollen, wird der Exekutive zur Berücksichtigung übergeben, dagegen bestimmt, daß auf den Agitations-Nummern Datum und Nummer fehlen sollen. In Betreff der Anträge der Sektionen Newark, Boston, Sandusky und La Salle bezüglich der Schreibweise des Partei-Organs entspinnt sich eine lebhafte Debatte, an der sich Ufert, Hösterey, Bordonello, Keitel, Jonas und Seubert theilnehmen und welche damit endet, daß ein Antrag Seuberts angenommen wird, bestimmend, daß die Redaktion wie bisher fortfahren solle, wissenschaftlich-populär zu schreiben.

Der Antrag der Sektion Davenport: Der „Sozialist“ soll einheitlich sein: 1. Seite: Wissenschaftliche Artikel; 2. und 3. Seite: Zwei Drittel nach oben politische und ökonomische Uebersicht und Korrespondenzen von Auswärts; beide Seiten nach unten Feuilleton entsprechenden und abwechselnden Inhalts; 4. Seite: Korrespondenzen und Anzeigen von Sektionen;

Der Antrag Rockville: „Verschiedenes“ aufzunehmen;

Der Antrag New Bedford: Die „Sozial-Politischen Nachrichten“ so ausführlich wie im Züricher „Sozial-Demokrat“ zu machen;

Der Antrag New Haven: Eine Spalte für Notizen aus Kunst, Wissenschaft, Technik und Erfindung zu widmen und Abhandlungen über hervorragende amerikanische Geschichtsepochen mit besonderer Rücksicht auf die Arbeiterbewegung aufzunehmen,

werden sämtlich der Exekutive zur bestmöglichen Berücksichtigung überwiesen.

Bordollos stellt den Antrag, Anzeigen im „Sozialist“ aufzunehmen, derselbe wird jedoch mit 22 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

In Bezug auf die Vergrößerung des „Sozialist“ liegen folgende Anträge vor:

Jersey City Heights: Für Herausgabe einer monatlichen wissenschaftlichen Beilage;

St. Paul: Für Vergrößerung, wenn ohne Erhöhung des Preises;

Newark, Wilmington, Rockville und Davenport: Für Vergrößerung;

Sandusky: Monatlich 12 Seiten stark zu machen;

Philadelphia: Gegen Vergrößerung und Beilage;

Nach kurzer Debatte wird beschlossen, das Partei-Organ, wie von der Exekutive vorgeschlagen, zu vergrößern.

Die namentliche Abstimmung ergab:

Dafür: Dorn, Rohloff, Knudsen, Ufert, Hösterey, Haupt, Schuck, Zimmermann, Arnold, Bordollos, Jonas, Kölln, Haese, Roller, Benzing, Bonstein.

Dagegen: Billiau, Seubert, Freudiger, Keitel, Erb, Herzer, Holzhauer, Kronauge, Wagner, Schiele, Th. Becker, Ch. Becker, Bellmann und Quass. Blatz enthält sich der Abstimmung.

Arnold bemerkt, daß er nur dafür stimmte, indem er von Jonas darauf aufmerksam gemacht wurde, daß dies der Auftrag der Sektion New York sei, was er (Arnold) bezweifelt.

Ein Antrag der Exekutive, bezüglich ko-operative Associationen wird einem Komite, bestehend aus Blatz, Keitel, Kronauge und Seubert, überwiesen.

Um 12½ Uhr erfolgt Vertagung bis 2½ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Um 3 Uhr eröffnet. Alle Delegaten anwesend. Es wird in der Spezialdebatte über den „Sozialist“ fortgefahren.

In Betreff Subscription liegen zwei Anträge vor:

Zimmermann, Cincinnati: Jedes Mitglied soll verpflichtet sein, zu abonnieren.

Sandusky: Jedem Mitglied soll das Partei-Organ frei zugestellt werden und die Kosten sollen durch erhöhte Beiträge gedeckt werden.

Beide Anträge werden abgelehnt.

In Betreff des Preises liegen drei Anträge vor:

Davenport: Der Quartal-Preis soll 60 Cts. und der Halbjahr-Preis \$1 betragen; die Agenten sollen 20 Prozent Rabatt erhalten und auf 20 Exemplare soll 1 Frei-Exemplar gewährt werden.

New Bedford: Der Quartal-Preis soll auf 50 Cents reduziert werden.

Albany: Für Erniedrigung.

Die Anträge werden der Exekutive zu Ermägung überwiesen.

In Betreff des Vertriebes beantragt die Exekutive:

Die Sektionen sollen die Agitation und den Vertrieb selbst in die Hand nehmen und für die bestellten Exemplare Verantwortung tragen.

Hierzu stellt J. Blatz ein Amendment, daß die Sektionen einen guten Mann als Kolporteur empfehlen.

Beides wird angenommen.

Ebenso der Antrag von New Haven: Die Sektionen sollen verpflichtet sein, wenigstens einmal vierteljährlich einen Bericht einzusenden.

In Betreff der Aufnahme von Berichten stellt Davenport den Antrag:

„Der Sozialist“ hat alle Korrespondenzen von Agenten und Sektionen aufzunehmen, besonders alle Beschlüsse. Jedoch kann die Redaktion anstößige Beschlüsse der Exekutive zur Prüfung vorlegen und falls von dieser die Aufnahme verweigert wird und die Sektion, welche die Beschlüsse einschickte, dieselben nicht zurückzieht, sollen sie copiert und allen Sektionen innerhalb 14 Tagen in je 1 Exemplar zugesendet werden. Dieser Artikel gilt auch für die „N. Y. Volkszeitung.“

Derselbe wird nach Streichung des letzten Passus angenommen.

Desgleichen wird folgender Antrag der Exekutive angenommen:

Verpflichtung für die Sektionen.

Alle Partei-Dokumente sowie Sektions-Beschlüsse und Sektions-Korrespondenzen sollen zuerst im Partei-Organ zur Veröffentlichung gelangen.

Englisches Partei-Organ.

Die Debatte über Begründung eines der Exekutive zu unterstellenden Partei-Organs in englischer Sprache gestaltet sich sehr lebhaft. Neunzehn der anwesenden Delegaten befürworten die Herausgabe, nämlich Zimmermann, Kronauge, Jonas, Haese, Bordollos, Erb, Rohloff, Keitel, Arnold, Seubert, Hösterey, Holzhauer, Benzing, Blatz und Rosenberg.

Dagegen sprechen: Schiele, Haupt, Ch. Becker, Quass und Bonstein.

Die namentliche Abstimmung ergab folgendes Resultat:

Dafür: Dorn, Rohloff, Seubert, Freudiger; Reitel, Knidrehm, Erb, Ufert Hösterey, Schud, Herzer, Blaz, Holzhauser, Kronauge, Zimmermann, Arnold, Bordollos, Jonas, Köln, Bellmann, Haefe Roller, Benzinger.

Dagegen: Billiau, Haupt, Wagner, Schiele, Th. Becker, Ch. Becker, Quaaß, Ponstein.

Von den Befürwortern des Projektes wird die Nothwendigkeit des Bestehens eines strikten Partei-Organs in englischer Sprache betont und die Erwartung ausgesprochen, daß wenn es unter Leitung der Exekutive stehe, die Garantie für eine zuverlässige Haltung gegeben sei. Rosenberg macht darauf aufmerksam, daß erstes Forderniß sei, auch für einen gediegenen, prinzipientreuen Redakteur Sorge zu tragen, damit sich Erfahrungen, wie die bei der „Voice of People“ gemachten, nicht wiederholten. Bevor ein solcher nicht gefunden sei, sollte auch nicht die Herausgabe geschehen. Es wird Lawrence Gronlund in Erwähnung gebracht und beschlossen, denselben eventuell heranzuziehen zu suchen. Beschlossen wird dann, die Exekutive aufzufordern, Mittel und Wege zur Herausgabe eines Partei-Organs in englischer Sprache zu ergreifen.

Partei-Literatur.

Ein Antrag der Sektion Brooklyn, Preisaus schreiben betreffend, wird nach einer kurzen Debatte, an der sich Zimmermann, Seubert, Blaz, Arnold und Rosenberg theilnahmen, abgelehnt, dagegen ein Antrag Rosenbergs der Exekutive zur Ausführung empfohlen, welcher besagt:

Da die Ausmalung eines Zukunftsstaates in das Gebiet der Romanschriftsteller gehört und wir als Partei für die nächste Zukunft nur zu verwirklichenden sozial-politischen Forderungen stellen, beantrage ich, die Vorlage Brooklyn fallen zu lassen und das Nat.-Exek.-Komitee zu beauftragen, an Stelle derselben eine Broschüre herzustellen, deren Inhalt die Forderungen der neuen Plattform des Näheren erläutert.

Alle Anträge bezüglich neuer Broschüren werden gleichfalls der Exekutive mit dem Ersuchen überwiesen, sie möglichst zu berücksichtigen.

Ein Antrag Fabian's:

Der Kongreß wolle die Herausgabe von deutschen Lokalzeitungen, unter den Auspizien der Partei, in der Weise in Chicago, St. Louis, Milwaukee, Cincinnati und anderen passenden Orten beschließen, daß für alle diese Städte ein und dasselbe Blatt in der Hauptsache in New York fertig gestellt wird, während es den Lokal-Organisationen überlassen bleiben würde, Innenseiten nach Bedürfniß fertig zu stellen.

Wird abgelehnt.

Der von Baltimore gestellte Antrag:

Die Verbreitung der englischen Broschüre von „Reporter und Sozialist“ in den Gewerkschaften den Sektionen zur Pflicht zu machen, wird für selbstverständlich erachtet.

Der Antrag von Rockville, Buchhandlung betreffend, wird der Exekutive überwiesen.

Die Anträge, Genossenschafts-Druckerei betreffend, werden auf Antrag Kölln's zurückgelegt, bis das Komitee über ko-operative Assoziationen Bericht erstattet hat.

Der Antrag von Paterson: Eine Broschüre soll nicht über 10 Cts. kosten, wird abgelehnt, ebenso der von Jersey City Heights, bezüglich Beschaffung eines Broschüren-Fonds.

Der Antrag der Exekutive: Alle von einer Partei-Behörde oder Sektion herauszugebenden Broschüren sollen ein gleiches Format und eine gleiche Titelaus schmückung haben, wurde angenommen.

Das vom Jüdisch-Russischen Arbeiter-Verein eingelaufene Schreiben, worin derselbe den Kongreß um Unterstützung bei Herausgabe einer eigenen Zeitung bittet, wird jetzt von Neuem zur Verlesung gebracht und beschlossen, die Exekutive zu beauftragen, dementsprechend einen Aufruf im „Sozialist“ zu erlassen.

Hierauf Vertagung bis morgen Donnerstag 8 Uhr.

4. Sitzungstag.

Donnerstag, den 8. Oktober 1885.

Die Sitzung wird um halb neun Uhr eröffnet. Alle Delegaten sind anwesend. Das Protokoll wird verlesen und nach Verbesserung einiger Punkte angenommen.

Jonas, als Referent des Plattform-Komitees, liest den neuen Entwurf vor und macht Erläuterungen bezüglich der Mittel und Wege zur Erreichung unserer Zwecke.

Plattform der Sozialistischen Arbeiter-Partei.

Die Arbeit ist die alleinige Schöpferin alles Reichthums sowie aller Werthe und unserer gesamten Civilisation. Gerechterweise sollten daher auch die, welche die Arbeit thun und die Werthe schaffen, die Früchte ihrer Arbeit genießen.

Dies wird aber unmöglich gemacht durch die heutige Art der Production, welche seit Entdeckung der Dampfkraft und seit Einführung des Maschinenwesens im Allgemeinen, auf allen Gebieten durch Anwendung riesiger Arbeitsmittel geführt wird, die zu besitzen nur Wenigen möglich ist.

Diese moderne Art der Produktion trägt nur Eine Seite der genossenschaftlichen Arbeit in sich, nämlich die, daß nicht, wie früher, der Einzelne für sich selbst arbeitet, sondern, daß Duzende, Hunderte oder Tausende in Werkstätten, Minen, auf Riesen-Farmen und großen Länders-Komplexen unter zweckmäßigster Einteilung der Arbeit gemeinschaftlich schaffen, — daß aber die Resultate ihrer Arbeit nicht ihnen selbst zu Gute kommen, sondern größtentheils den Besitzern der Arbeitsmittel: der Maschinen, Fabriken, der Minen und des Grund und Bodens.

Dieses System schafft nothwendiger Weise, unter allmätiger Vernichtung des Mittelstandes, zwei verschiedene Klassen von Menschen: die der Lohnarbeiter und die der großen Bosse

und hat ebenso nothwendig zur Folge:

- Die Planlosigkeit der Gesamt-Produktion,
- Die Vergeudung der Naturschätze und Menschenkräfte,
- Die Krisen der Produktion und des Handels,
- Die beständige Ungewißheit der materiellen Existenz der Lohnarbeiter,
- Das Elend der Proletariemassen und
- Die ungeheure Reichthums-Ansammlung in den Händen Einzelner.

Ein solcher Zustand, welcher sich unter dem gegenwärtigen System stets verschlimmern muß, widerstrebt den Interessen der Menschheit und den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der wahren Demokratie; er vernichtet jene Güter, auf welche, nach den Worten der Unabhängigkeits-Erklärung der Ver. Staaten, jeder Mensch ein unveräußerliches Recht hat, nämlich: Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit.

Er verkürzt und gefährdet das Leben durch Noth und Elend.

Er vernichtet die Freiheit, denn die wirtschaftliche Abhängigkeit der Lohnarbeiter von den Besitzern der Arbeitsmittel hat auch die politische Abhängigkeit derselben unmittelbar im Gefolge; und macht das Streben nach Glückseligkeit hinfällig, denn keine Art von Glückseligkeit ist denkbar unter steter Bedrohung des Lebens und Aufhebung der persönlichen Freiheit.

Um diesem entwürdigenden Zustand der Dinge ein Ende zu machen, erstreben wir die Einführung des vollen Systems der genossenschaftlichen Arbeit; d. h. wir verlangen, daß den Arbeitern auch die Resultate ihrer Arbeit ungeschmälert zu Gute kommen.

Das ist aber nur möglich dadurch, daß die Arbeitsmittel in den Besitz der Arbeitenden gelangen.

Wir fordern daher:

Die Verwandlung des Privateigenthums an Grund und Boden, den Arbeitsinstrumenten (Maschinen, Fabriken u. s. w.) und den Produktions-Erzeugnissen in Gemeinbesitz.

und damit:

Die genossenschaftliche Produktion, wie die genossenschaftliche, den Leistungen und gerechten Bedürfnissen der Einzelnen entsprechende Vertheilung der Güter unter Leitung der organisirten Gesellschaft.

Zwecks Verwirklichung dieser unserer Forderungen erstreben wir die Erringung der politischen Macht mit allen zweckmäßigen Mitteln.

Die Sozialistische Arbeiter-Partei begründet ihren Namen als „Arbeiter“-Partei aus dem Bewußtsein der Unterdrückung der Klasse der Lohnarbeiter durch die Klasse der Kapitalisten.

Sozial-Politische Forderungen für die Gegenwart.

Die Sozialistische Arbeiter-Partei erstrebt die gänzliche Revision der Verfassung und der Gesetzbücher der Ver. Staaten, der Einzelstaaten und Kommunen, im Sinne nachstehender Forderungen:

a) In sozialer Beziehung.

- 1) Uebernahme der Eisenbahnen, Kanäle, Telegraphen, Telephone und sonstiger über das ganze Land sich erstreckenden Kommunikations-Mittel durch die Ver. Staaten.
- 2) Uebernahme der städtischen Straßenbahnen, Fahren und des öffentlichen Beleuchtungswesens durch die Gemeinden.
- 3) Unveräußerlichkeit aller öffentlichen Ländereien und Verpachtung derselben nach noch näher festzustellenden Grundsätzen. Widerruf aller Land-Verkäufe und Schenkungen seitens der Ver. Staaten an Korporationen oder Einzeln, deren Verkaufs-, resp. Schenkungsbedingungen nicht erfüllt wurden oder welche sonst rechtlich hinfällig sind.
- 4) Alleiniges Recht der Geldausgabe durch die Ver. Staaten.
- 5) Regelung der Wald- und Wasserwirtschaft nach wissenschaftlichen Grundsätzen, sowie Verbot der Vergeudung von Naturschätzen mittelst Ver. Staaten Gesetzgebung.
- 6) Das Recht der Expropriation in Kraft stehender Patente durch die Ver. Staaten, sowie Freigebung neuer Erfindungen mit Gewährung von Nationalbelohnungen an Erfinder.
- 7) Gesetzliche Bestimmung, daß die Wohnungsmiethe nur einen noch näher zu bestimmenden Prozentsatz des von den Gemeinden abzuschätzenden Werthes der Gebäude betragen darf.
- 8) Die Pflicht der Anordnung öffentlicher Arbeiten zu Zeiten sozialer Nothstände.
- 9) Progressive Einkommen- und Erbschaftssteuer, mit Steuerfreiheit für die geringeren Einkommen.
- 10) Allgemeine Schulpflicht bis zum 14. Lebensjahr und unentgeltlichen Unterricht den Mittellofen durch öffentliche Beihilfe (wie Mahlzeiten, Kleidung u. s. w.) zu ermöglichenden Unterricht in allen Bildungs-Anstalten. Uebernahme des gesamten Unterrichtswesens durch die Ver. Staaten nach einheitlichem Gesamtplan.
- 11) Abschaffung aller Pauper-, Tramps-, Verschwörungs- und Temperenz-Gesetze. Unbeschränkte Koalitions-Freiheit.
- 12) Öffentliche, statistische Ermittlung der Arbeiterverhältnisse, Verbot der Kinderarbeit im schulpflichtigen Alter und aller die Gesundheit und

Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit, sowie Abschaffung des Kontraktstems für Gefangenen-Arbeit.

13) Auszahlung der Löhne in baarem Gelde und gesetzliche Gleichstellung der Löhne für Männer und Frauen bei gleichen Leistungen.

14) Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter und ein wirksames Haftpflichtgesetz.

15) Gesetzliche Inkorporation der Gesellschaften.

16) Verminderung der Arbeitszeit im Verhältnis zu den Fortschritten der Produktion, Feststellung eines normalen Arbeitstages von höchstens acht Stunden für alle Industrie-Arbeiter, sowie entsprechende zweckmäßige Einrichtung für alle ländliche Arbeiter durch Ver. Staaten-Gesetzgebung.

b. In politischer Beziehung.

1) Aufhebung der Präsidentschaft und des Senates. Erwählung einer, jeder Zeit rückberufbaren Exekutive seitens des als einzige legislative Behörde verbleibenden Repräsentantenhauses. Dem entsprechende Verfassung der Einzelstaaten und Kommunen.

2) Kommunale Selbstverwaltung.

3) Gleiches und direktes Wahlrecht ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und des Geschlechts, bei geheimer Stimmenabgabe. Das Prinzip der Minoritäts-Vertretung nach einem noch näher zu bestimmenden Modus einzuführen. Gesetzliche Bestimmung aller Wahltag als Feiertage.

4) Gesetzes-Vorschlagsrecht des Volkes und Urabstimmung über alle wichtigere Gesetzgebung.

5) Verantwortlichkeit und Rückberufbarkeit der Mitglieder aller legislativen Körperschaften.

6) Einheitliches Recht innerhalb der Ver. Staaten. Unentgeltliche Rechtspflege. Aufhebung der Todesstrafe.

7) Trennung aller öffentlichen Angelegenheiten von der Religion. Besteuerung des Kirchengeneigenthums.

8) Einheitliche Ehegesetze durch die Ver. Staaten. Lösbarkeit der Ehe bei gegenseitiger Einwilligung unter Vorzorge für die Kinder.

Man tritt nach Verlesung der Plattform in die General-Debatte über den ersten Theil ein, an welcher sich die Genossen Seubert, Rosenberg, Holzhauer, Quaas, Kölln, Haupt und Blaz betheiligen. Rosenberg beantragt, man möge die Grundidee des ursprünglichen Entwurfes des New Yorker Komites beibehalten und das Prinzip der ökonomischen Entwicklung als Oberstes zu Anfang setzen. Wurde nicht acceptirt, dagegen die Vorlage mit einer kleinen Aenderung, wie oben publizirt, angenommen.

Ebenso wird die Vorlage: Sozial-politische Forderungen, nach einiger Diskussion angenommen. Auf Antrag Haese's wird das Verbot der Kinderarbeit eingefügt und die Schulpflicht vom 15. auf's 14. Jahr herabgesetzt.

A. Jonas nimmt den früheren Antrag Rosenberg's: Zu den neuen Forderungen einen Kommentar zu veröffentlichen, mit dem Amendement auf, diesen Kommentar in Katechismussform abzufassen. Wird der Exekutive überwiesen.

B. Knidrehm beantragt, die Schluß-Resolution der Plattform bezüglich der Theilnahme an Wahlen dahin umzuändern, daß betont werde, daß der Arbeiter-Partei gegenüber alle anderen Parteien reactionär sind.

Resolution.

In Erwägung, daß die Sozialistische Arbeiter-Partei der Ver. Staaten noch vorwiegend eine Partei der Propaganda, und

In Erwägung, daß die Betheiligung an Gemeinde-, Staats- und Kongresswahlen ein gutes Agitationsmittel ist,

Sei beschlossen, die Sozialistische Arbeiter-Partei der Ver. Staaten benützt auch dieses Mittel und überläßt den einzelnen Sektionen die Entscheidung, ob sie sich an der betreffenden Wahl betheiligen wollen, empfiehlt jedoch auf's Dringendste, nur dann in die politische Aktion einzutreten, wenn entweder wirklich Aussicht auf Erfolg oder mindestens eine gute Gelegenheit zur Entfaltung propagandistischer Thätigkeit vorhanden ist.

Betheiligen sich Sektionen an der Wahl, so dürfen dieselben unter keinen Umständen Kompromisse mit anderen Parteien eingehen, noch für einen von diesen aufgestellten Kandidaten stimmen, da der Arbeiter-Partei gegenüber alle anderen Parteien reactionär sind.

Ein Antrag, unterzeichnet von Ufert, Reitel, Holzhauer und Rosenberg, welcher der National-Exekutive zur Pflicht macht, künftig bei allen Kongressen sämtliche den Kongressen zu unterbreitenden Anträge geordnet und gedruckt vorzulegen, damit den Delegaten Gelegenheit gegeben ist, das zu beschließende Material zu überschauen und Randnotizen dazu machen zu können, wird angenommen.

Hierauf:

Berathung der Konstitution.

B. Zimmermann als Referent verliest die Konstitution mit den vorgeschlagenen Aenderungen.

Ein Antrag von Jonas, die Aufsichtsbehörde abzuschaffen, wurde in namenthlicher Abstimmung mit 11 gegen 20 abgelehnt.

Dafür: Dorn, Reitel, Knidrehm, Holzhauer, Arnold, Bordollos, Jonas, Th. Becker, Ch. Becker, Haese und Ponstein.

Dagegen: Billiau, Rohloff, Seubert, Freudiger, Erb, Ufert, Hösterey, Haupt, Schuck, Herzen, Blaz, Kronauge, Zimmermann, Kölln, Wagner, Schiele, Pellmann, Quaas, Roller und Benzinger.

Abchnitt I wird dahin abgeändert, daß es heißen soll: geleitet durch das Nat.-Exek.-Komite, die Aufsichtsbehörde, die Sektionen, die National-Konventionen und die Urabstimmung.

Abchnitt II, § 1, anstatt 15. September 15. April zu setzen. Wird angenommen.

In § 3 „nominirt die nationalen Kandidaten“ wird gestrichen.

Abchnitt III, § 1 soll heißen: anstatt 7, 9 Mitglieder.

§ 2 soll gekürzt werden und nur heißen: „Die Mandatsdauer des National-Exekutiv-Komitees läuft von Konvention zu Konvention.“

Abchnitt IV, § 1 soll heißen: Die Aufsichtsbehörde besteht aus 9 Mitgliedern.

§ 2, b, soll eingesetzt werden hinter vorkommende Streitigkeiten: „von prinzipieller Bedeutung.“

Abchnitt V, in § 2 beantragt das Komite, einzufügen hinter „nur eine Sektion“: je einer Nationalsprache.

Jonas beantragt, noch hinzuzufügen: jedoch soll es dem Nat.-Exek.-Komite in Uebereinstimmung mit der Aufsichtsbehörde gestattet sein, in besonderen Fällen auf beschränkte Zeit mehrere Sektionen derselben National-Sprache in einer Stadt als berechtigt anzuerkennen.

Beide Anträge, besonders der letztere, rufen eine lebhafte Debatte hervor. Kölln und Andere machen geltend, daß mit der Annahme des Antrages, daß mehrere Sektionen derselben National-Sprache an einem Orte bestehen dürften, ein dezentralistisches Prinzip in die Partei eingeführt würde.

Knickrehm und Zimmermann betonen, daß, wenn dieser Antrag angenommen werde, der Kongreß sich nicht einen halben Tag hätte mit der Untersuchung des Chicagoer Streites beschäftigen brauchen.

Beide Anträge werden schließlich angenommen.

Dafür stimmen: Dorn, Billiau, Rohloff, Seubert, Reitel, Ufert, Hösterey, Haupt, Schuch, Herzer, Blaz, Kronauge, Arnold, Bordonello, Jonas, Wagner, Schiele, Th. Becker, Ch. Becker, Bellmann, Quaas, Koller und Benzingen.

Dagegen: Freudiger, Knickrehm, Erb, Zimmermann, Kölln und Bonstein. Holzhauer und Haese enthielten sich der Abstimmung.

Um 12½ Uhr erfolgt Vertagung bis 2 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Eröffnung 2½ Uhr. Alle Delegaten anwesend. Das Protokoll wird verlesen und nach einigen kleinen Berichtigungen angenommen.

Fortsetzung der Konstitutions-Berathung.

Angenommen wird die vom Komite befürwortete Aenderung des § 3 in Abchnitt 5, dahin lautend, daß die Sektionen in Zukunft über ihre eigenen Mitglieder selbst aburtheilen.

In § 7 wird hinzugefügt: Zwei-Drittel-Majorität zc.

In § 10 wird gestrichen: Und müssen die Zustimmung des Central-Komitees haben.

Abchnitt V, § 10: Ein neue Geschäfte betreffender Antrag, der im Central-Komitee gestellt wird, soll auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt werden, wenn ein Drittel der anwesenden Delegaten solches verlangt;

und § 13: Während einer Wahl soll das Central-Komitee als Wahl-Komitee fungiren;

werden beide gestrichen.

Der Antrag, Abchnitt VI, § 1 dahin zu ändern, daß die Beiträge an die Exekutive in Zukunft erhöht werden sollen, um die der Exekutive auferlegten großen Lasten erleichtern zu helfen, wird nicht acceptirt.

Angenommen wird der folgende neue Abchnitt, betreffs Distrikts-Organisation, welcher wie folgt lautet:

Distrikts-Organisation.

Ob unter dieser Ueberschrift die folgenden Paragraphen eingefügt werden sollen.

1. Alle nahe beieinanderliegenden Sektionen haben sich zu einer Distrikts-Organisation zu vereinigen.

2. Diese Distrikts-Organisation hat die Pflicht, die Agitation und Organisation innerhalb ihres Bereiches planmäßig (durch ein offiziell für diesen Zweck zu ernennendes Agitations-Komitee) zu betreiben und neue Sektionen zu gründen zu suchen an Orten, wo noch keine Sektionen bestehen.

3. Die Distrikts-Konvention hat mindestens alle halbe Jahre eine Konferenz abzuhalten und über ihre fortlaufende Thätigkeit der Exekutive stets regelmäßig Bericht zu erstatten.

Im Abchnitt „Sektionsgesetze“ wird der letzte Satz des § 1 gestrichen: Wo noch keine Staats-Organisation besteht, sollen die Organisationen des Staates behufs gemeinsamer Agitation in Verbindung treten.“

Als § 8 wird neu beigefügt:

„Bei Auflösung irgend einer Sektion muß alles Sektions-Eigenthum dem Nat.-Exek.-Komite abgeliefert werden.“

Im Abchnitt: „Allgemeine Regeln“ wird in § 4 anstatt der beiden letzten Sätze gesetzt:

„Ausgeschlossene Mitglieder haben das Recht, an die Aufsichtsbehörde zu appelliren.“

Hinter § 7 wird der folgende Paragraph eingefügt:

Das Nat.-Exek.-Komite ist verpflichtet, bei Auskiesung von Mitgliedern die Namen solcher sofort im Partei-Organ zu veröffentlichen und dieselben summarisch gelegentlich des halbjährigen Geschäftsberichtes wieder in Erinnerung zu bringen.“

Und als besonderer Paragraph soll beigefügt werden: „Vertreterinnen sozialistischer Frauen-Vereine haben in den Sektions-Sitzungen beratende Stimme.“

Demgemäß wird § 8 in § 9 geändert.

In § 10, dem früheren § 9, werden die Zahlen 1884 in 1. Januar 1886 geändert.

Die Anträge der Sektionen Cleveland und Jersey City Heights, bezüglich Schaffung einer Arbeiter-Statistik, werden mit Hinweis auf die neue Plattform als erledigt betrachtet.

Die Anträge der Sektionen Cleveland und Brooklyn, welche einen internationalen Kongreß behufs Regelung der Arbeiter-Gesetzgebung befürworten, werden durch Acceptirung nachstehender Resolution gutgeheißen:

Resolution.

Der Kongreß beschließt, die organisirte Arbeiterschaft der Ver. Staaten aufzufordern, durch eine allgemeine Agitation die Frage der internationalen Arbeiter-Gesetzgebung zu erörtern, um die Bestrebungen der Schweizer, resp. der Ver. Staaten Regierung, welche sich zu dieser Frage günstig gestellt haben, zu unterstützen.

Dorn (Baltimore) präsentiert untenstehende von Haupt (Indianapolis) und Sektion Manchester unterstützte Resolution betreffs der Bewaffnungsfrage.

Sektion Baltimore beantragt: Der Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Partei in Cincinnati schließt sich der Konstitution der Ver. Staaten an, welche lauten: „Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht, sich zu bewaffnen und sich im Gebrauch von Waffen zu üben.“

Nach kurzer aber lebhafter Debatte wird nachstehende Resolution angenommen:

Resolution.

In Erwägung, daß die S. A. P. schon in ihrem Baltimorer Manifest vom Dezember 1883 ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß bei fortschreitender Entwicklung der Arbeiterbewegung die Gegner derselben zu Mitteln der Gewalt und des Betrugs greifen werden;

In fernerer Erwägung, daß sich dieser Hinweis in den letzten Jahren bei vielen Gelegenheiten in der eklatantesten Weise bewahrheitet hat;

In fernerer Erwägung, daß sich neuerdings bei den herrschenden und gesetzgebenden Klassen die Tendenz geltend gemacht, das durch die Constitution gewährleistete Recht, resp. die Pflicht, Waffen zu tragen und sich in dem Gebrauch derselben zu üben, zu beeinträchtigen;

Sei es beschlossen: mit Hinweis auf die früheren Kundgebungen der Partei die Arbeiter aller Orten aufzufordern, das Recht der Bewaffnung in ihrem Interesse möglichst auszuüben und dasselbe unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu verteidigen.

In Betreff der Warnung vor Begründung von Kooperativ-Unternehmungen erhielt Rosenberg das Wort. Er führt aus, daß die Exekutive auf Grund der Erfahrungen zuverlässiger Genossen Material in Sachen der Kooperativ-Unternehmungen erhalten und sich verpflichtet gefühlt habe, dem Kongreß eine diesbezügliche Resolution zu unterbreiten. Dieselbe kommt zur Verlesung und theilt Seubert als Referent des Komitees mit, daß das Komite den Kongreß ersuche, die Resolution zu acceptiren. — Es erhebt sich Seitens Kölln u. A. Opposition wider die Aufnahme der „Sozialistischen Schulen“ in die Resolution. Der Vertreter der Exekutive verweist indeß auf den Wortlaut der Resolution, in welcher von keinem Verbot, sondern nur von einer Warnung die Rede sei. Die Resolution wird darauf in folgendem Wortlaut angenommen:

Private Kooperativ-Unternehmungen etc.

In Anbetracht, daß in der heutigen Gesellschaft Unternehmungen, wie Produktiv- oder Konsum-Genossenschaften, Arbeiterhallen, Sozialistische Schulen mindest ebenso bedeutende Kapitalien und eine ebenso geschäftskundige Leitung erfordern wie kapitalistische Unternehmungen, mit denen sie konkurriren müssen;

In Anbetracht, daß Lohnarbeiter weder aus ihren beschränkten Mitteln die erforderlichen Kapitalien aufbringen können, noch die zur Leitung und Controlle solcher Unternehmungen nöthige Geschäftskennntniß besitzen und sie deshalb die an sie geknüpften Erwartungen nicht erfüllen können;

In Anbetracht, daß in Folge dieser nothwendigen Mängel solche Unternehmungen in der Regel nicht gedeihen können, und dann für die Gründer und die Partei eine Quelle unaufhörlicher pekuniärer Opfer und endloser Mörgeleien und Streitigkeiten werden;

In Anbetracht, daß die Gründung und Aufrechterhaltung dieser Unternehmungen bedeutende Mittel verschlingen, die viele und oft die tüchtigsten Genossen der Agitation entziehen, die Partei durch den häufig eintretenden Mißerfolg und die durch denselben erzeugten Zwistigkeiten nach innen und nach außen schädigen;

Beschlossen: Daß die S. A. P. Produktiv- oder Konsum-Genossenschaften, Arbeiterhallen, Sozialistische Schulen als unpraktische, die Arbeiterbewegung schwächende Gründungen betrachtet und ihre Mitglieder und die Arbeiter im Allgemeinen von derartigen Unternehmungen abräth;

Beschlossen ferner, daß diese Warnung auf Arbeiter-Zeitungen, weil diese ihres Zweckes wegen von Arbeitern geleitet und kontrollirt werden müssen, keinen Bezug haben soll; daß aber, um leichtsinnige Zeitungs-Gründungen zu verhüten, alle von Partei-Sektionen oder sonstwie von der Partei ausgehenden Zeitungs-Unternehmungen der Genehmigung des Aufsichtsraths und des Exekutiv-Komitees bedürfen, und der Kontrolle dieser Körperschaften unterstehen;

Beschlossen ferner: daß die jetzt bestehenden oder in Zukunft gegründeten Genossenschaften, einschließlich der Zeitungs-Unternehmungen, nur dann zur Unterstützung der Partei und der Parteimitglieder berechtigt sein sollen, wenn sie dem Aufsichtsrath und dem Exekutiv-Comite ihre Geschäftsbücher vorgelegt und ihre Unterstützung von beiden Behörden als mit dem Partei-Interesse vereinbar, öffentlich erklärt wird.

Der Antrag Bordollos, bezüglich Gründung einer Genossenschafts-Druckerei wird mit Hinweis auf vorstehende Resolution abgelehnt.

Von Genosse F. H. König (New York) liegt ein Antrag, bezüglich des Modus der Wahl des Nat.-Exek.-Comites vor. Derselbe lautet:

Artikel 3, Exekutiv-Comite in folgender Weise umzuändern:

§ 1. Das National-Exekutiv-Comite besteht aus so und soviel Mitgliedern. Jedes Mitglied ist ohne Rücksicht auf Sektionsangehörigkeit zum Wählen berechtigt, hat jedoch zur Ausübung seines Wahlrechts in der betreffenden Wahlversammlung anwesend zu sein.

Die Wahlversammlung wird von der Sektion des Ortes, welcher als Sitz dieser Behörde bestimmt wird, einberufen und muß wenigstens zwei Wochen vorher im Partei-Organ angezeigt werden.

Begründung: Dieser Wahlmodus entspricht dem international-demokratischen Charakter unserer Bestrebungen, der in Bezug auf Rechte und Pflichten Distriktsgrenzen nicht anerkennt, wie dies auch in unserer Plattform in den praktischen Forderungen an den Jetztstaat ausgedrückt ist. (Schlußsatz von § 1.)

Stellen wir nun an den Jetztstaat diese Forderungen, so sollten wir umsomehr aus unserer eigenen Organisation alle Distriktsgrenzen entfernen.

Es ist durchaus undemokratisch und dem Geist der Solidarität zuwider, eine Behörde, welche für und im Namen der Gesamt-Organisation handeln soll, von einer örtlich bestimmt begrenzten Mitgliederzahl erwählen zu lassen, wo die örtlichen Verhältnisse dies anders gestatten, wie beispielsweise New York.

Hiermit steht im Einklang der von Sektion New York gestellte Antrag:

Jedes Parteimitglied ist ohne Rücksicht auf seinen Wohnsitz wählbar.

Der Antrag wird von Rosenberg unterstützt, aber nach kurzer Diskussion mit Hinweis auf § 5 der Allgemeinen Regeln abgelehnt.

Angenommen wird ein Antrag Knidrehm's, das Kongreß-Protokoll in detaillirter Wiedergabe des Verhandlungsganges herauszugeben und den Mitgliedern zum Kostenpreise zu überlassen.

Von den Sektionen New Jersey und Meriden liegt der Antrag vor, die Unkosten der folgenden Kongresse auf alle Mitglieder der Partei nach einem festzusetzenden Plan gleichmäßig zu vertheilen. Rosenberg unterstützt den Antrag und ist der Ansicht, daß durch Annahme eines derartigen Beschlusses eine zahlreichere und gerechtere Vertretung der Sektionen in Zukunft stattfinden werde. Der Antrag wird indeß abgelehnt.

Angenommen wird der Antrag, daß Vertreterinnen von sozialistischen Frauenvereinen beratende Stimme in den Sektions-Versammlungen haben sollen.

Der Antrag von der Sektion New Haven, ein einheitliches Finanz-Kontobuch einzuführen, wird ebenso wie der Antrag Pittsburg, eine zuverlässige Abstempelung der Marken nach der Vorlage Rosenbergs zu veranlassen, angenommen.

Abgelehnt wird der Antrag St. Louis: für gemäßigtere und hilfsbedürftige Mitglieder eine Unterstützungskasse zu gründen, mit Hinweis auf § 6 der Allgemeinen Regeln.

Als Vorort der nächsten Exekutive wird New York einstimmig angenommen.

In Bezug auf die Aufsichtsbehörde kommen Cleveland, New Haven, Milwaukee und St. Louis in Vorschlag und nach der Abstimmung Cleveland und Milwaukee in Stichwahl; schließlich wird Cleveland einstimmig als Sitz der nächsten Aufsichtsbehörde bestimmt.

Hierauf Bericht des Revisions-Comites. Dasselbe beantragt, daß in Zukunft auf den Kongressen wegen der Unmöglichkeit, die Bücher zuverlässig revidiren zu können, nur die Berichte der Revisoren der Exekutive zur Vorlage gelangen sollen. Wird angenommen.

Beschlossen wird, daß eine Anzahl Redner (Knidrehm, Keitel, Wert, Arnold und Seubert) auf ihrer Heimreise diverse Sektionen besuchen sollen.

Der Vertreter der Exekutive und die Sekretäre erklären das zu verhandelnde Material für erschöpft, worauf der Vorsitzende Fr. Seubert das Wort zur Schließung der Verhandlungen ergreift.

Es freue ihn, sagt er, konstatiren zu können, daß der Kongreß wacker und fleißig gearbeitet, die Delegaten ohne Ausnahme stets am Platze gewesen und viele wichtige Beschlüsse ohne Erregung gefaßt und angenommen worden seien. Er hoffe, daß die Thätigkeit des Kongresses segensreich auf das Gedeihen der Partei wirken werde und die Delegaten nach ihrer Heimkehr den Genossen in diesem Sinne auch berichten würden. Mehrere Einzelheiten der Kongreßverhandlungen näher berührend, mahnte er besonders die Chicagoer Genossen zum einmüthigen Zusammengehen, hinweisend auf die Delegaten, welche keinen Augenblick Zeit zu irgend welcher Zerstreuung findend, nur die Interessen der Partei im Auge gehabt hätten.

Unter dreimaligem begeisterten Hochrufe auf den Fortschritt und den Sieg der Sozialistischen Arbeiter-Partei vertagt sich der Kongreß um 6 Uhr sine die.



Sozial. Arbeiter-Partei von N.-A.

National-Exekutiv-Komite: New York City.

W. L. Rosenberg, Secr., 56 E. 4. Str.

Aufsichtsbehörde: Cleveland, O.

Carl Altenbernd, Secr., 33 Mill Str.

☛ Alle für das National-Exekutiv-Komite bestimmten Korrespondenzen, Mitteilungen, Geldsendungen und Broschüren-Bestellungen sind ohne Ausnahme zu adressiren:

W. L. ROSENBERG, 56 E. Fourth St., New York City.

Central-Vertriebs-Stelle

Sozialistischer Schriften

in deutscher und englischer Sprache.

Birkulare auf Verlangen zugesandt. Man adressire:

W. L. ROSENBERG, 56 E. 4. Str., NEW YORK CITY

